

8 Dringliche Anträge

8.1 Neuordnung und Ausbau des SchulärztInnen-Systems in unseren Schulen (GRⁱⁿ Univ.-Prof.ⁱⁿ Dr.ⁱⁿ Kopera, MBA)

GRⁱⁿ Kopera:

Hohe Stadtregierung, liebe Kolleginnen und Kollegen, geschätzte Gäste auf der Galerie. Am 29. August in diesem Jahr erging die Pressemeldung: „Der Gemeindebund will die Schulärzte in der derzeitigen Form abschaffen“. Diese Nachricht hat nicht nur Eltern und Pädagoginnen und Pädagogen verstört, sondern ist auch aus meiner Sicht, nämlich als Medizinerin, höchst bedenklich. Denn wenn man Kinder nicht in der medizinischen Obhut durch die Schulärzte und Schulärztinnen weiß, dann können unter Umständen vermeidbare Gesundheitsschäden nicht frühzeitig erkannt werden, die dann im weiteren Leben zu Leid und Schmerzen für die Betroffenen führen, aber auch zu unabschätzbaren Kosten für das Gesundheitssystem. Im Gegenteil, man sollte das SchulärztInnensystem ausweiten und wie vom Interims-Ministerium bereits angedacht, sollten Schulärzte und Schulärztinnen explizit auch für Schutzimpfungen, Gesundheitsförderung und Dokumentation von Gesundheitsdaten zuständig werden. Wenn nun diese Ausweitung steigende Aufwendungen bedarf, dann muss die Politik eine Neuordnung der Finanzierung fordern, z. Bsp. und sinnvollerweise die Kostenübernahme des gesamten SchulärztInnensystems durch die gesetzlich verpflichtende Krankenversicherung. Das sollte in weiser Voraussicht genau in deren ureigenem Interesse erfolgen, denn Vorsorge erspart Nachfolgekosten und dies gerade im Gesundheitssystem.

Daher stelle ich im Namen des ÖVP-Gemeinderatsclubs folgenden

dringlichen Antrag:

Der Gemeinderat möge auf dem Petitionsweg das zuständige Bundesministerium der neuen Regierung auffordern, das aktuelle Modell der Schulgesundheit unter Einbindung der Systempartner im Sinne des Vorschlages der Länder, des Bundes und des Städtebundes schrittweise weiterentwickeln, dies z. Bsp. gemäß dem neuen Organisationsmodell der Schulen auf Clusterebene. In diesem Zusammenhang sind vor allem auch die Finanzierungsfragen zu klären. Die Vorlage eines umsetzungsfähigen Konzepts sollte bis Sommer 2020 erfolgen. Ich bitte um Annahme (*Allgem. Appl.*).

Originaltext des dringlichen Antrages:

Am 29.8. erging die Pressemeldung: „Gemeindebund will Schulärzte in derzeitiger Form abschaffen“.

Diese Nachricht hat nicht nur Eltern und Pädagoginnen verstört, sondern ist aus Sicht einer Medizinerin mehr als bedenklich. Denn wenn man Kinder nicht in medizinischer Obhut durch die SchulärztInnen weiß, dann können vermeidbare Gesundheitsschäden nicht rechtzeitig erkannt werden und im weiteren Leben zu Leid für die Betroffenen führen zudem auch zu unschätzbaren Mehrkosten für die Allgemeinheit.

Im Gegenteil, man sollte das SchulärztInnensystem ausweiten und wie vom Ministerium bereits angedacht, sollten Schulärzte explizit auch für Schutzimpfungen, Gesundheitsförderung und Dokumentation von Gesundheitsdaten zuständig werden.

Wenn nun diese Ausweitung steigende Aufwendungen erfordert, dann muss die Politik eine Neuordnung der Finanzierung fordern und zwar sinnvollerweise die Kostenübernahme des gesamten SchulärztInnensystems durch die gesetzlich verpflichtende Krankenversicherung. Das sollte in weiser Voraussicht genau in deren ureigenem Interesse erfolgen, denn Vorsorge spart Nachfolgekosten, gerade im Gesundheitssystem.

Daher stelle ich im Namen des ÖVP-Gemeinderatsclubs folgenden

Dringlichen Antrag:

Der Gemeinderat möge auf dem Petitionsweg das Bundesministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Konsumentenschutz (BMASGK) auffordern, das aktuelle Modell der Schulgesundheit unter Einbindung der Systempartner im Sinne des Vorschlages der Länder, des Bundes und des Städtebundes schrittweise weiterzuentwickeln, dies z.B. gemäß dem neuen Organisationsmodell der Schulen auf Clusterebene.

In diesem Zusammenhang sind vor allem auch die Finanzierungsfragen zu klären. Die Vorlage eines umsetzungsfähigen Konzepts sollte bis Sommer 2020 erfolgen.

Die Dringlichkeit des Antrags wurde einstimmig angenommen.

StR Krotzer:

Vielen herzlichen Dank für diesen wichtigen Antrag. Wir unterstützen den als KPÖ natürlich und ich kann nur sagen, dass in meiner Zuständigkeit hier auch über den Städtebund, wo das auch mehrfach Thema war, wo ich sehr froh bin, dass der Städtebund hier eine gänzlich andere Sichtweise hat als der Gemeindebund, dessen Position in der Hinsicht mir nicht verständlich ist, dass wir natürlich auch dieses Anliegen immer wieder mitunterstützen und gerne auch hier. Dankesehr (*Allgem. Appl.*).

GR Haßler:

Sehr geehrter Stadtregerung, liebe Kolleginnen und Kollegen, werte Zuhörerinnen und Zuhörer auf der Tribüne, liebe Antragstellerin. Auch von Seiten der SPÖ natürlich ein uneingeschränktes Ja zu dieser Initiative. Wie du richtig ausgeführt hast, wäre es extrem kontraproduktiv, diese wichtige Einrichtung abzuschaffen, im Gegenteil, so wie du es auch sagst, gehört das Ganze ausgebaut. Nachdem ich beruflich ja in der Steiermärkischen Gebietskrankenkasse tätig bin, kann ich nur sagen, dass wir auf dem

Bereich der Prävention, den du angesprochen hast, in den letzten Jahren extrem viel gemacht haben, im Bereich der betrieblichen Gesundheitsförderung. Die Dani Gmeinbauer wird ja bald wieder ein Gütesiegel übergeben an Betriebe, die sich da extrem miteinbringen auch, und auch in der schulischen Gesundheitsförderung haben wir in den letzten Jahren über die ganze Steiermark verstreut Projektschulen aufgebaut, wo wir das Thema Prävention sehr konsequent abarbeiten. Was ein bisschen weh tut, und daran hat einen maßgeblichen Anteil die türkis-blaue Regierung in Wien, ist der Umstand, dass Gelder, die wir in der Steiermark gespart haben, weil wir österreichweit extrem sparsam in der Verwaltung sind, dass wir in Zukunft über diese Gelder nicht mehr verfügen können. Die steirische Kasse hat über 200 Millionen Euro an Rücklagen, davon ist ein großer Teil eben für Epidemiefälle zu reservieren, aber 62 Millionen waren sogenannte freie Rücklagen, die wir genau für diese Projekte eigentlich gerne einsetzen würden und vor allem auch gerne im Bundesland einsetzen würden. Das geht aber ab dem nächsten Jahr nicht mehr, weil ja in Wien beschlossen wurde, dass die Länderstrukturen aufgelöst werden, die Gelder müssen nach Wien zur ÖGK abgeliefert werden, die Reform wird, so die ersten Berechnungen, mindestens eine halbe Milliarde Euro an Reformaufwand, Beraterkosten usw. verschlingen und die steirischen Gelder ...

Zwischenruf GR Egger unverständlich.

Haßler:

Ja, Kurt Egger, es ist so, auch wenn du es anders siehst und die steirischen Gelder, da habe ich den Aufschrei auch des Gesundheitslandesrates vermisst, die steirischen Gelder werden nicht mehr den Steirerinnen und Steirern zur Verfügung stehen und die werden zum Stopfen von Löchern in anderen Bundesländern verwendet werden. Das tut mir weh, das muss an dieser Stelle auch gesagt werden, aber dem Antrag werden wir natürlich zustimmen. Danke (*Allgem. Appl.*).

Kopera:

Danke und offensichtlich ist die Vernunft wieder in dem Fall zurückgekehrt. Danke
(Appl.).

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

**8.2 Müllproblem in Gösting - ein Gesundheitsrisiko
(GR Dr. Hofer, ÖVP)**

GR Hofer:

Sehr geehrter Herr Stadtrat, danke für das Wort zum Vortrag über den dringlichen Antrag. Geschätzte Kollegen, es geht um eine Müllproblematik im Bereich Gösting und zwar im Konkreten der Augasse Nr. 60. Da ist ein Zwischengang zwischen zwei Häusern, der mittlerweile seit über einem Jahr mit starker Müllverschmutzung zu kämpfen hat. Das Problem ist, dass der Bezirksvorsteher das schon einige Male angesprochen hat und diese Müllentsorgung dort stattfinden sollte. Nur ist das ein Privatgrund und auf dem Privatgrund hat die Holding in dem Sinne keine Handhabe, den Müll dort zu entfernen. Es hat einige rechtliche Vorgangsweisen schon gegeben gegenüber dem Besitzer dieses Privatgrundstückes, der zudem auch nicht in Graz wohnt und bis dato ist hier nicht viel passiert. Im Gegenteil, der Müllberg wächst hier weiter und, wie gesagt, der Holding sind hier die Hände gebunden, den Müll dort auch wegzuräumen. Das Problem, das jetzt mittlerweile, und deswegen auch der dringliche Antrag, hinzukommt ist, dass von Anrainern immer mehr berichtet wird, dass dort eine Häufung von Ratten mittlerweile gesehen wird. Ratten, wenn man das sich ein bisschen anschaut, in Europa gibt es eigentlich nur zwei Arten. Eine davon, die als Wildratte unterwegs ist und die grundsätzlich jetzt auch kein Tier ist, von dem man sich groß fürchten muss, außer sie hat viel Nährboden und die Möglichkeit, dort auch

Krankheiten, die Ratten einfach in sich haben oder als Überträger gelten, sich auf die Menschen auch übertragen können. Ratten können bis zu 120 Erkrankungen übertragen und ich habe mir das bisschen medizinisch auch angeschaut. Da sind einige Erkrankungen dabei, die schon sehr bedenklich sind und die wir uns in Graz sicher nicht wünschen und deswegen auch der dringliche Antrag gegenüber unserem Gesundheitsstadtrat Robert Krotzer, dass das mittlerweile schon ein gesundheitspolitisches oder gesundheitliches und hygienisches Problem ist. Die Leptospirose z. Bsp. sind Erkrankungen, die selten vorkommen, aber im letzten Jahr in Deutschland berichtet wurden über 130 Fälle. Da glaubt man eigentlich, dass man nicht viel etwas anderes hat als eine Grippe, man fühlt sich schwach, hat Fieber, ist müde und hat Gliederschmerzen. Nur diese Leptospirose hat auch die Eigenschaft, wenn man sie am Anfang nicht antibiotisch gleich richtig behandelt, setzt sie sich an die Leber und an die Niere und es ist eine Letalität, sprich, dass man von dieser Erkrankung sogar verstirbt, von über 30 % derzeit, auch zu berichten. Das ist jetzt, sage ich einmal, das Horrorszenario, von dem sind wir zum Glück oder hoffentlich noch weit weg, aber übrig bleibt auf jeden Fall, dass dort eine große Müllproblematik ist, das nicht ansehnlich ist, ein Schandfleck ist und wir eigentlich dort uns wünschen, dass das dort entfernt werden kann. Deswegen möchte ich den

dringlichen Antrag

stellen, der für Gesundheit und Hygiene zuständige Stadtrat, Mag. Robert Krotzer, wird aufgefordert, zur Hintanhaltung der aufgrund des Mülls angelockten Ratten und einer damit möglichen Übertragung und Verbreitung von Krankheitserregern unverzüglich eine Lösung dieses Problems mit der Magistratsabteilung 7 – Gesundheitsamt beim Objekt Augasse 60 in Gösting zu veranlassen (*Allgem. Appl.*).

Originaltext des dringlichen Antrages:

Bereits seit mehr als eineinhalb Jahren lagert auf einem Anwesen in der Augasse in Gösting Müll, der nicht nur optisch und des üblen Geruchs wegen ein Schandfleck ist; die nicht ordnungsgemäße Müllablagerung auf diesem Grundstück wird auch aus hygienischer und gesundheitlicher Sicht immer bedenklicher.

Da sich der Müll auf Privatgrund befindet, kann die grundsätzlich für die Entsorgung zuständige Holding Graz ihrer Arbeit nicht nachkommen. Mehrfache Interventionen des Göstinger Bezirksvorstehers brachten auch keine Lösung, da erst die Entsorgung durch ein Privatunternehmen veranlasst werden kann, wenn der Grundeigentümer, der zudem nicht in Graz wohnt, die Kosten dafür bezahlt hat. Allenfalls muss vorher der Rechtsweg beschritten werden.

In den vergangenen Wochen und Monaten hat sich das Müllproblem beim Haus Augasse 60 weiter verstärkt, es besteht Gefahr in Verzug, da die Müllmenge wächst, der Müll teilweise verrottet und Anrainer inzwischen auch regelmäßig Ratten sichten, die bekanntlich als Krankheitsüberträger gelten.

Deshalb stelle ich im Namen des ÖVP-Gemeinderatsclubs folgenden

dringlichen Antrag:

Der für Gesundheit und Hygiene zuständige Stadtrat, Mag. Robert Krotzer, wird aufgefordert, zur Hintanhaltung der aufgrund des Mülls angelockten Ratten und einer damit möglichen Übertragung und Verbreitung von Krankheitserregern unverzüglich eine Lösung dieses Problems mit der Mag. Abt. 7- Gesundheitsamt beim Objekt Augasse 60 in Gösting zu veranlassen.

StR Krotzer:

Eine Wortmeldung zur Dringlichkeit. Danke für den Antrag, kurz gesagt, man kann mich auch anrufen im Büro oder auch die Frau Dr. Winter, Leiterin des Gesundheitsamtes. Ganz kurz noch einmal zum Dringlichkeitsantrag vorab zur Historie der Augasse 60. Es ist Ende Juni 2018 im Gesundheitsamt erstmals eine Meldung eingegangen über eine unsachgemäße Mülllagerung auf dem Gelände. Es ist dann ein Ortsaugenschein durchgeführt worden durch unseren Kollegen Bernd Reisinger. Es ist dort bestätigt worden und es ist am 13. Juli 2018 die Aufforderung an den Eigentümer ergangen, den Unrat unverzüglich zu beseitigen. Das ist vom Besitzer nicht durchgeführt worden und deswegen ist das Gesundheitsamt am 1. August 2018 an das Strafreferat der Bau- und Anlagenbehörde herangetreten, um hier eine Anzeige nach der Gesundheitsschutzverordnung zu machen. Vom Strafreferat ist eben nach dem Wissen des Gesundheitsamtes eine Strafverfügung ergangen wegen Übertretung des Abfallwirtschaftsgesetzes. Das ist so geschehen, was dann den weiteren Verfahrensverlauf betrifft, wissen wir seitens des Gesundheitsamtes nicht, weil es den Datenschutzbestimmungen obliegt. Das heißt, das müsste bei der Bau- und Anlagenbehörde, also dort, erfragt werden. Ich habe jetzt nur einige weitere Ausführungen, aber die kann ich mir so gesehen ersparen, weil ich habe hier auch ein Foto, wie das eben dort ausgeschaut hat, also das ist der Stand Augasse 60, und zwar der Stand Augasse 60 bis heute früh, Stand Augasse 60 heute Nachmittag (*Allgem. Appl.*). Das Problem konnte gelöst werden und zwar hat das den Hintergrund, dass das Grundstück vergangene Woche den Eigentümer gewechselt hat. Es ist ein neuer Eigentümer da und der hat dieses Problem heute auch in Ansprache mit dem Herrn Reisinger vom Gesundheitsamt angegangen und das Problem ist glücklicherweise beseitigt (*Allgem. Appl.*) und wir dürfen eine Vollzugsmeldung machen. Danke (*Allgem. Appl.*).

Laute und undeutliche Zwischenrufe aus den Reihen des Gemeinderatssaales.

StR Krotzer:

So gesehen meine Wortmeldung abschließend auch mit einem Dank an das Gesundheitsamt und vor allem an den Herrn Reisinger, der nicht nur in dem Fall, sondern in vielen anderen Fällen, sehr bemüht ist, hier Lösungen im Sinne der Gesundheit und der Hygiene herzustellen und in dem Fall ist es glücklicherweise, es ist ein Zufall, dass es genau heute passiert ist, aber ...

Laute Zwischenrufe aus den Reihen des Gemeinderatssaales.

StR Krotzer:

... umso schöner, dass das Problem gelöst ist (*Allgem. Appl.*).

Vorsitzwechsel – Bürgermeister Mag. Nagl übernimmt den Vorsitz (16.27 Uhr).

Die Dringlichkeit des Antrages wurde mehrheitlich (1 Gegenstimme Dr. Hofer) abgelehnt.

8.3 Möbellager (GRⁱⁿ Mag.^a Taberhofer)

GRⁱⁿ Taberhofer:

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Besucher und Besucherinnen. Es bezieht sich mein dringlicher Antrag auf das Möbellager, und zwar das Sozialamt der Stadt Graz bietet ja in einem eigenen Lager kostenlos Möbel für

Bedürftige an und holt diese auch gratis ab und wer alte oder einfach nicht mehr gewünschte und nicht mehr benötigte Möbel sinnvoll verschenken möchte, konnte diese bisher an das 1.000 m² große Möbellager der Stadt Graz in der Alten Poststraße spenden. Und diese Möbel wurden bisher nach Bedarf an sozial bedürftige Grazerinnen und Grazer, wie z. Bsp. SozialCard-BesitzerInnen, MindestsicherungsbezieherInnen oder MindestpensionistInnen, vergeben. Derzeit besteht jedoch Unsicherheit darüber, ob eben der Fortbestand dieser wichtigen Einrichtung an diesem oder auch an einem anderen Standort weiterhin gesichert ist. Und das Möbellager in seiner derzeitigen Konzeption trägt einerseits dazu bei, dass Personen und Familien in wirtschaftlichen Schwierigkeiten und Krisensituationen unkompliziert und rasch mit dringend benötigten Möbelstücken versorgt werden können, und es entspricht darüber hinaus dem Prinzip der Nachhaltigkeit, weil gebrauchte, aber nicht mehr benötigte Möbel einem guten Zweck zugeführt und wiederverwertet werden, anstatt im Müll zu landen. Das Projekt wird daher von vielen Bürgerinnen und Bürgern befürwortet und unterstützt. Und es wäre sogar sinnvoll, die bestehenden Lagerkapazitäten auszubauen, denn immer wieder kommt es vor, dass Menschen aufgrund von Delogierungen ihren gesamten Hausrat verlieren, weil sie keine Möglichkeit haben, ihr Hab und Gut vorübergehend kostenlos unterzubringen, bis sie wieder ein eigenes Dach über dem Kopf haben.

Und aus dem Grund stelle ich namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgenden

dringlichen Antrag

zur Behandlung, nämlich, der zuständige Stadtrat Hohensinner sowie die zuständigen Stellen beim Sozialamt beschäftigen sich mit der Frage, ob bzw. wie der Bestand des Möbellagers sowie die bedarfsorientierte Abgabe von Möbeln an sozial bedürftige Menschen weiterhin zu den bisherigen Konditionen fortgeführt werden können. Und darüber hinaus soll geprüft werden, ob das Möbellager im Sinne des Motivenberichtes, nämlich die Schaffung von Möglichkeiten für Delogierte, ihren Hausrat vorübergehend zwischenzulagern, ausgebaut werden kann. Und das Ergebnis der Überlegungen und

Prüfungen wird dem Gemeinderat in einer der nächsten Sitzungen zur Kenntnis gebracht und soll auch als Basis für mögliche weitere Schritte angesehen werden. Ich hoffe auf eine Annahme (*Allgem. Appl.*).

Originaltext des dringlichen Antrages:

Das Sozialamt der Stadt Graz bietet in einem eigenen Lager kostenlos Möbel für Bedürftige an und holt diese auch gratis ab. Wer alte oder einfach nicht mehr gewünschte und nicht mehr benötigte Möbel sinnvoll verschenken möchte, konnte diese bisher an das 1.000 m² große Möbellager der Stadt Graz in der Alten Poststraße spenden. Diese Möbel wurden bisher nach Bedarf an sozial bedürftige Grazerinnen und Grazer, wie z.B. SozialCard-BesitzerInnen, MindestsicherungsbezieherInnen oder MindestpensionistInnen, vergeben. Derzeit besteht jedoch Unsicherheit darüber, ob der Fortbestand dieser wichtigen Einrichtung an diesem oder auch an einem anderen Standort weiterhin gesichert ist.

Das Möbellager in seiner derzeitigen Konzeption trägt einerseits dazu bei, dass Personen und Familien in wirtschaftlichen Schwierigkeiten und Krisensituationen unkompliziert und rasch mit dringend benötigten Möbelstücken versorgt werden können, und es entspricht darüber hinaus dem Prinzip der Nachhaltigkeit, weil gebrauchte, aber nicht mehr benötigte Möbel einem guten Zweck zugeführt und wiederverwertet werden, anstatt im Müll zu landen.

Das Projekt wird daher von vielen BürgerInnen befürwortet und unterstützt.

Es wäre sogar sinnvoll, die bestehenden Lagerkapazitäten auszubauen, denn immer wieder kommt es vor, dass Menschen aufgrund von Delogierungen ihren gesamten Hausrat verlieren, weil sie keine Möglichkeit haben, ihr Hab und Gut vorübergehend kostenlos zu deponieren, bis sie wieder ein eigenes Dach über dem Kopf haben.

Ich stelle daher namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgenden

Antrag zur dringlichen Behandlung

(gemäß §18 der Geschäftsordnung des Gemeinderates):

Der zuständige Stadtrat Hohensinner sowie die zuständigen Stellen beim Sozialamt beschäftigen sich mit der Frage, ob bzw. wie der Bestand des Möbellagers sowie die bedarfsorientierte Abgabe von Möbeln an sozial bedürftige Menschen weiterhin zu den bisherigen Konditionen fortgeführt werden können.

Darüber hinaus soll geprüft werden, ob das Möbellager im Sinne des Motivenberichtes (Schaffung von Möglichkeiten für Delogierte, ihren Hausrat vorübergehend zwischenzulagern) ausgebaut werden kann.

Das Ergebnis der Überlegungen und Prüfungen wird dem Gemeinderat in einer der nächsten Sitzungen zur Kenntnis gebracht und soll auch als Basis für mögliche weitere Schritte angesehen werden.

StR Hohensinner:

Geschätzte Frau Gemeinderätin, liebe Ulli. Du weißt, ich schätze dich, dein Engagement im Sozialbereich. Nur dieses Mal verstehe ich dich wirklich ganz und gar nicht. Also entweder bist du äußerst, äußerst schlecht informiert oder du möchtest ganz billig parteipolitisch punkten. Ich weiß nicht, wer deine Berater sind oder wer deine Informationsquelle ist, aber mit solchen gefährlichen Halbwahrheiten verunsichert man Menschen. Wenn du dich wirklich gescheit informiert hättest, nämlich z. Bsp. auf die Homepage der Stadt geschaut hättest, hättest du gelesen, dass wir bereits ein Quartier gefunden haben und umziehen. Dass wir noch nicht im Stadtsenat waren, hat den Grund, weil wir gerade mit dem Pächter oder mit dem Vermieter verhandeln und dann hätten wir uns schlechtere Ausgangssituationen gegeben. Auf der Homepage mit Stand heute und zitiere den Kollegen Robert Krotzer: Du hättest mich auch anrufen können oder du hättest auch auf die Homepage schauen

können, da steht, Lagerräumung. Im November siedelt das Möbellager des Sozialamtes an einen neuen Standort. Zusammengefasst, nein, wir können nicht der Dringlichkeit zustimmen, weil so auf den fahrenden Zug aufspringen, das finde ich schon überhaupt nicht nachvollziehbar und bitte, das nächste Mal mich anrufen, weil solche Schlagzeilen, solche Sachen im Gemeinderat zuspätschieben, verunsichert Leute und, ich glaube, da stimmen wir überein, das wollen wir beide nicht, liebe Ulli. Nein, die Dringlichkeit ist nicht gegeben (*Allgem. Appl.*).

Bgm. Nagl:

Danke vielmals. Ich schätze, dass das Möbellager und das Rattenproblem heute das gleiche Schicksal haben werden. Bevor wir zu den Rednern kommen, darf ich aber ganz, ganz herzlich hohen Besuch begrüßen bei uns. Da gibt es die Gelegenheit, vielleicht einmal unserem Heli Wagner auch danke zu sagen. Es gibt jede Woche Schulführungen, Kindergartenführungen, Gäste im Haus und der Heli Wagner führt diesen Job mit großer Freude aus. Schön, dass du da bist und dass du uns jemanden mitgebracht hast, der erste Applaus gehört jetzt einmal dem Heli Wagner (*Allgem. Appl.*). Und zweitens ist es mir eine große Freude, unseren Herrn DI Schaffler und viele IT Leiter und Chefs aus der Republik hier begrüßen zu dürfen zu einem Erfahrungsaustausch, kurzer Besuch auch bei uns. Das Thema IT wird im Übrigen den Gemeinderat demnächst auch intensiv beschäftigen, weil wir wissen auch, dass mittlerweile im IT-Bereich und in der Digitalisierung alle unsere Ämter, aber auch alle unsere Unternehmungen sehr gefordert sind, dass wir viel Geld in die Hand nehmen werden müssen, dass wir wahrscheinlich auch wieder verstärkt Mannschaft brauchen werden und dass sehr viele Projekte bei uns in der Pipeline sind. Schön, dass Sie da sind, ich hoffe auf einen guten Erfahrungsaustausch, herzlich willkommen (*Allgem. Appl.*).

GRⁱⁿ Robosch:

Ich hätte nur eine Frage. Natürlich ist der erste Punkt in diesem Antrag jetzt nicht mehr dringlich dadurch, weil die Fortführung geklärt ist, aber es gibt auch einen zweiten Punkt, den ich auch sehr unterstützenswert finde, mit der Möglichkeit, für Delogierte ihren Hausrat vorwiegend zwischenzulagern und ich würde Stadtrat Hohensinner bitten, dass er quasi auch zu diesem Punkt Stellung nimmt, ob das quasi im Gange ist (*Allgem. Appl.*).

StR Hohensinner:

Liebe Frau Kollegin, ich kann es ganz kurz beantworten mit ja.

Bgm. Nagl:

Unsere zukünftige Nationalratsabgeordnete wünscht da Wort. Herzlichen Glückwünsch auch zu dieser Wahl und dass eine Vertreterin in der Kommunalpolitik in Wien auch uns in der Stadt Graz vertreten wird (*Allgem. Appl.*).

GRⁱⁿ Ribo:

Liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Gäste auf der Galerie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, danke für die Glückwünsche. Ich wollte mich eigentlich zu deinem Dringlichen natürlich melden und dir unsere Zustimmung erteilen, aber da sich jetzt eben die Punkte geklärt haben, das ist ja erfreulich. Aber ich nutze trotzdem ganz kurz die Gelegenheit, um eben auf Wiedersehen zu sagen. Wie der Herr Bürgermeister schon gesagt habe, heute ist meine letzte Gemeinderatssitzung. Ich war jetzt viereinhalb Jahre leidenschaftliche Gemeinderätin und ja, es war nicht immer sehr einfach. Aber es war sehr intensiv und oft sehr interessant und ich sage danke für die manchmal sehr gute Zusammenarbeit. Aber grundsätzlich danke für die

Zusammenarbeit (*lacht*) und wünsche euch allen nur das Beste für die Zukunft. Danke (*Allgem. Appl.*).

Laute und undeutliche Zwischenrufe aus den Reihen des Gemeinderatssaales.

Bgm. Nagl:

Liebe Frau Gemeinderätin, wir danken auch für die Zusammenarbeit. Wir können das durchaus zurückgeben, es war nicht immer einfach, aber ich verspreche eines, Sie werden gerne an Graz zurückdenken (*lacht*). Alles Gute in der neuen Aufgabe. Danke und alles Liebe (*Allgem. Appl.*).

Zwischenruf GRⁱⁿ Ribo: Ich wollte eigentlich sagen, ich kann einstecken, aber ich habe auch gerne ausgeteilt.

Bgm. Nagl:

Ja, ja genau. Sie kann einstecken und austeilern, das wird in Wien gebraucht (*lacht*).

Taberhofer:

Ich kann das sehr kurz machen, weil wie ich das Thema aufgegriffen habe, war die Unsicherheit durchaus gegeben und es war nicht ganz eindeutig. Aber das Wichtigste erscheint mir wirklich, dass es einfach eine Weiterführung gibt. Es geht da auch im Interesse der Menschen, die also wirklich an der Armutsgrenze und darunter einfach einen Bedarf haben und, so gesehen, freue ich mich natürlich und es ist auch der zweite Antrag, der quasi im positiven Sinne erledigt werden hat können und dazu freue ich mich. Danke (*Allgem. Appl.*).

Bgm. Nagl:

Die Sorge ist fort, es lebe der Kurt. Gibt es noch einen Bedarf? Stimmen wir es ordnungsgemäß ab (*lacht*).

Die Dringlichkeit des Antrages wurde mehrheitlich (gegen KPÖ) abgelehnt.

Bgm. Nagl:

Ich darf vielleicht auch vorschlagen, dass wir gleich die Dringlichen, die zusammengehören, auch gemeinsam behandeln.

Vorsitzwechsel – StR Dr. Riegler übernimmt den Vorsitz (16.42 Uhr).

8.4 Anti-Stau-Gipfel (GR Mag. Sippel, MBA, FPÖ)

GR Sippel:

Hoher Gemeinderat, ein Blick insbesondere in die Einfahrtsstraßen in unsere Stadt, morgens zwischen 7 Uhr und 8 Uhr, glaube ich, lässt den Schluss zu und reicht aus, um attestieren zu können, dass wir ein Stauproblem in dieser Stadt haben. Garniert wird das Ganze dann noch mit so, die Frau Stadträtin hat das vorher genannt, singulären Ereignissen wie ein Fußballspiel oder dann auch, dass die Absperrungen des Marathons zwei Tage nach der Veranstaltung noch immer herumstehen und der Verkehr stockt. Das hätte man auch besser verhandeln können mit dem Veranstalter. Aber, ich glaube, viele Grazer sind bei dieser Einschätzung dabei, dass wir ein Verkehrs- und Stauproblem in Graz haben. Eine Grazer Tageszeitung hat sogar von einem Verkehrsinfarkt gesprochen und das sogar getitelt und über Philipp Hofer als

Mediziner, du wirst mir Recht geben, wenn ich sage, ein Infarkt ist ein medizinischer Notfall.

Zwischenruf unverständlich.

Sippel:

Umso besser. Bei einem medizinischen Notfall brauchen wir auch eine Not-OP. Das Problem ist halt in diesem Fall, dass die behandelnde Notärztin mit ihrer Aufgabe, nennen wir es einmal so, einigermaßen überfordert ist und deshalb ist es an der Zeit, dass wir hier alle, die Experten, aber auch die Experten für „eh alles“, also die Grünen, der Verkehrsstadträtin zur Hand gehen. Und was es braucht, ist einfach, dass wir in dieser Stadt ein paar Bypässe legen und zwar, dass man den Verkehr wieder zum Laufen bringen, und als Ausgangspunkt für die Reanimierung sollte ein Anti-Stau-Gipfel veranstaltet werden, wo eben unter Leitung des Amtes für Verkehrsplanung, aber auch mit allen anderen relevanten Ämtern die Probleme erörtert werden. Da sollen externe Experten eingeladen werden, da sollen die Verkehrssprecher aller Parteien mit an Bord sein, es soll die Exekutive selbstverständlich natürlich auch dabei sein. Und da ist es dann wichtig, dass wir innovative, mutige Projekte, Konzepte diskutieren und dann in weiterer Folge auch umsetzen. Ich denke da z. Bsp. warum nicht darüber nachdenken, einmal die Einfahrtsstraßen zu zeitlich beschränkten Einbahnen zu erklären, das funktioniert ja in einigen Städten. In der Früh hinein in die Stadt, am Nachmittag hinaus, wäre z. Bsp. so eine Idee, innovativ sollte sie sein. Aber, was nicht sein sollte, ist klar, wirtschaftsfeindlich, das brauchen wir nicht. Auto- und pendlerfeindlich, glaube ich, ist auch nicht das Wahre, wenn dann hintenherum wieder diskutiert wird über die City-Maut, die ja schon längst in den Schubladen, Gott sei Dank, die Konzepte verschwunden sind, dann ist das nicht das, was innovativ und auch zukunftssträftig ist. Und, Frau Verkehrsstadträtin, ich hoffe, Sie nehmen diese ausgestreckte Hand an, arbeiten wir gemeinsam daran, dass nicht aus dem Titel

Verkehrstadträtin dann letztlich Staustadträtin wird, weil das wollen wir Ihnen und uns ersparen. Und ich möchte schon schließen mit dem, was auch der Heinrich Sickl gesagt hat, vielleicht so als erster Tipp, um das Ganze vielleicht in bessere Bahnen zu bringen, ihr braucht kein eigenes Telefon, aber vielleicht schaltet ihr einfach die Leitungen des Mieternotrufes für die leidgeprüften Verkehrsteilnehmer frei. Wäre auch schon eine Idee (*Allgem. Appl.*).

Originaltext des dringlichen Antrages:

Am 3. Oktober 2019 standen zahlreiche Grazer im gesamten Stadtgebiet bis zu zwei Stunden im Stau. Anlass war das Europaleague-Heimspiel des WAC gegen den AS Rom. Aufgrund des Kunstprojekts „For Forest“, bei dem 299 Bäume als Mahnmal für den Klimawandel in das Wörthersee-Stadion – der ursprünglich geplante Austragungsort der WAC-Heimspiele – gestellt wurden, hat man die Heimspiele der Wolfsberger bereits im Juni des Jahres in die Grazer Merkur-Arena verlegt. Zum Spiel gegen den AS Rom reisten allein rund 30 Fanbusse aus Kärnten an. Um die Busse unterzubringen, wurde die Liebenauer Tangente in beide Richtungen gesperrt, sodass in Graz ein Megastau ausbrach. Die Sperre der Liebenauer Tangente bedeutete einen Verkehrsinfarkt über mehrere Stunden für das gesamte Grazer Stadtgebiet. Hunderte Menschen saßen am Heimweg nach der Arbeit in ihren Autos fest.

Zweifelsfrei sind gravierende Fehler bei Planung und Koordination geschehen, ansonsten wäre es nicht erklärbar, wie ein seit geraumer Zeit geplantes Fußballspiel eine ganze Stadt derart lahmlegen kann. Auch zum Spiel am 7. November dürfen wieder zahlreiche Fanbusse erwartet werden. Die Tatsache, dass es sich bei diesem Spieltag wieder um einen Donnerstag handelt, sollte Anlass sein, dieses Mal sorgfältiger und vorausschauender zu planen, als es im Ergebnis am 3. Oktober zu sehen war.

Das nächste Stau-Chaos brach bereits eine Woche später, am Wochenende des 11. bis 13. Oktober 2019, rund um den Graz-Marathon aus. Die Veranstaltung endete bereits

Sonntagnachmittag, doch blieben Straßensperren teilweise bis Dienstag bestehen, sodass gesamte Straßenzüge nicht befahrbar waren.

Generell reicht ein Blick auf die Einfahrtsstraßen nach Graz in den Morgenstunden. Tagtäglich pendeln 90.000 Menschen in das Grazer Stadtgebiet. Wir freuen uns, dass Graz derart attraktiv ist und Menschen in die Stadt kommen, um zu arbeiten, doch fehlen hier seitens der zuständigen Verkehrsstadträtin Kahr klare Lösungen, um den Verkehr auch zu bewältigen. Verstopfte Straßen, Chaos und Verspätungen stehen bei den Menschen an der Tagesordnung.

Eine weitere und nicht nur punktuelle Herausforderung im Ressort von Verkehrsstadträtin Kahr wird es sein, ein vernünftiges Verkehrskonzept für den Zeitraum des Abrisses und des Neubaus der Tegetthoffbrücke zu erstellen. Bekanntlich ist ja eine Ersatzbrücke für den Kfz-Verkehr mangels Anschlussstellen am Ufer nicht realisierbar.

In Summe wird im Rahmen dieser Funktionsperiode also noch viel Arbeit auf die Grazer Verkehrsstadträtin und vor allem auf die Abteilung für Verkehrsplanung zukommen. Dabei sollte das Augenmerk aber auch darauf gelegt werden, weder wirtschaftsfeindliche noch autofeindliche oder die Pendler belastende Maßnahmen zu setzen. Das heißt in diesem Zusammenhang konkret, dass eine City-Maut und autofreie Tage nicht die Lösung bringen werden. Gute Ideen sind also sehr gefragt.

Um für die Zukunft derartige Vorkommnisse, wie etwa jenes vom 3. Oktober, verhindern zu können, ist es notwendig, sämtliche relevante Abteilungen, externe Experten sowie die Verkehrssprecher aller Fraktionen im Rahmen eines Anti-Stau-Gipfels an einen Tisch zu bringen. In diesem Rahmen sollen auch mutige Konzepte, wie beispielsweise eine von der Tageszeit abhängige Einbahnregelung etwa der Conrad-von-Hötzendorf-Straße im Zusammenspiel mit Münzgrabenstraße bzw. St.-Peter-Hauptstraße, angedacht werden, die den Frühverkehr auf der CvH stadteinwärts und den Nachmittags- und Abendverkehr stadtauswärts führt.

Aus diesem Grund ergeht namens des Freiheitlichen Gemeinderatsklubs nachfolgender

dringlicher Antrag

gem. § 18 der GO f. d. Gemeinderat der Landeshauptstadt Graz:

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Verkehrstadträtin Elke Kahr wird ersucht, einen „Anti-Stau-Gipfel“ unter der Leitung der Abteilung für Verkehrsplanung einzuberufen, an dem alle relevanten Abteilungen, externe Experten sowie die Verkehrssprecher aller Fraktionen teilnehmen. In diesem Rahmen sollen denkmögliche Maßnahmen zur Optimierung des Verkehrsflusses erarbeitet und dem Gemeinderat bis spätestens März 2020 dargebracht werden. Die vorgelegten Konzepte sollten jedenfalls weder wirtschafts-, auto- noch pendlerfeindlich sein.

StR Riegler:

Dankeschön, danke für diesen an Metaphern so reichen Vortrag. Wir fassen jetzt ja gleich diesen Dringlichen mit dem Dringlichen der SPÖ zusammen.

**8.5 Erstellung eines Verkehrskonzepts im Stadionbereich Liebenau
(GR Mag. (FH) Muhr, MSc, SPÖ)**

GR Muhr:

Sehr geehrter Herr Vorsitzender, werte Kolleginnen und Kollegen, lieber Armin, danke auch für deinen Antrag, der auch wieder zeigt, wie dringend eigentlich dieses Problem ist, nicht nur aufgrund der Vorkommnisse vom 3. Oktober. Man muss ja nur denken, auch wenn der Plabutschunnel einmal gesperrt ist, dann spüren wir das schon einmal ganz heftig auf unserem Stadtgebiet. Aber es ist einmal Fakt, am 3. Oktober hat dieses Fußballspiel Wolfsberg AC gegen AS Roma in Graz Liebenau stattgefunden. Es hätte normalerweise sehr viele positive Effekte für die Stadt Graz gegeben, wenn die ausländischen Fans unsere Stadt besuchen und auch die Wolfsberger Fans hier eine ruhige Zeit verbringen können, aber leider hat dieses Spiel ja doch hohe Wellen der Verärgerung geschlagen, und zwar, weil das Ganze in ein Verkehrschaos ausgeartet ist. Erschwert ist das Ganze natürlich auch noch worden, dass in geringer Entfernung gleichzeitig die Grazer Herbstmesse stattgefunden hat und dort auch sehr viele Menschen diese Veranstaltung besucht haben. Aber auch eklatante Fehler in der Kommunikation zwischen den Behörden, den Veranstaltern und der Exekutive haben natürlich auch die ganze Situation extrem verschärft und das Ganze ist nachher darin gegipfelt, dass aufgrund der Ratlosigkeit der Exekutive, der ja diese Informationen gefehlt haben oder nur mangelhafte Informationen nur gehabt haben, die Liebenauer Tangente zum Busparkplatz umfunktioniert haben und für den restlichen Verkehr natürlich diese dann gesperrt war. Das Ergebnis ist natürlich bekannt. Es hat dann Chaos, Überforderung und das planlose Handeln die Regie übernommen und am Ende des Tages hat man eigentlich gar keinen Verantwortlichen dafür gefunden. Denn die Grazer Messe hat ja über die Medien ausrichten lassen, dass die Schuld bei der Exekutive liegt, die Exekutive wiederum hat beklagt, sie hat keine Informationen gehabt und die Verkehrsplaner der Stadt Graz sind gefordert und die Verantwortung liegt bei den Veranstaltern. Und schlussendlich ist aber die politische Verantwortungsträgerin in ein langes Schweigen verfallen und bis zur heutigen

Fragestunde ist da eigentlich noch keine Meldung zu dieser Situation von dir, liebe Elke, dazu zu lesen gewesen. Fakt nach diesem Verkehrsinfarkt ist, dass also viele Umstände zu diesem Chaos geführt haben, aber wir sollten jetzt nicht nach Schuldigen suchen, sondern wir sollten versuchen, Lösungen zu finden. Schon allein im Hinblick darauf, dass am 7. November und 28. November die nächsten Heimspiele stattfinden und sollten die Wolfsberger aufsteigen, sieht ja das UEFA-Reglement vor, dass auch die weiteren Heimspiele in Graz ausgetragen werden müssten. Außer sie ändern sicher noch etwas oder machen eine Ausnahmeregelung. Daher ist es nämlich klar, dass hier ein Konzept zu schaffen sein wird und diese Konzeption soll nicht nur hinsichtlich der verkehrsplanerischen Notwendigkeit erstellt werden, sondern sie soll natürlich auch die Kommunikation zwischen allen Beteiligten beinhalten und so strukturiert sein, dass alle Informationen über drastische Änderungen oder überraschende Änderungen und Abweichungen, die eintreten könnten, zeitgerecht alle Stellen erreichen und dass man geeignete Maßnahmen und Gegenmaßnahmen einleiten kann, um auf die jeweiligen Situationen reagieren zu können. Darüber hinaus ist es aber insgesamt auch dringend erforderlich, im Zuge der verkehrsplanerischen Maßnahmen die Folgen und Auswirkungen der Veranstaltungs-Hot-Spots wie Merkur Arena, Eisstadion Liebenau, Ballsporthalle Hüttenbrennergasse und Messegelände in den entsprechenden Konzepten zu berücksichtigen, um für den Fall von Großveranstaltungen ein weiteres „unvorhergesehenes“ Verkehrschaos in Jakomini und Liebenau zu vermeiden, das primär zu Lasten der Bewohner in diesen Bezirken geht. Und wenn ich heute noch ganz kurz replizieren darf auf die Fragestunde, wo du in deiner Antwort für die Gründe dieses Verkehrschaos gesagt hast, der Busparkplatz befindet sich in Bau und konnte nicht benutzt werden und auch der Busparkplatz auf der Messe war nicht möglich aufgrund der Messe. Da muss ich ja ganz ehrlich sagen, das sind Dinge, die man schon sehr lange gewusst hat und die man vielleicht schon abstimmen hätte können, um darauf zu reagieren und ich denke, darum ist es sehr wichtig, dass man dieses Problem auch systematisch angeht und eine Lösung findet.

Und daher stelle ich den

dringlichen Antrag,

alle verantwortlichen Stellen des Hauses Graz werden gemäß Motivenbericht dringend ersucht, gemeinsam mit der Exekutive und Betreibern der im Motivenbericht genannten Veranstaltungsorte ein Verkehrs- und Kommunikationskonzept zu erstellen, um einerseits eine Entlastung für die betroffene Bevölkerung in Jakomini und Liebenau hinsichtlich der zusätzlichen Verkehrsbelastungen sicherzustellen und um andererseits geeignete Maßnahmen im Falle des Eintritts von unvorhergesehenen Einflussfaktoren nach entsprechender Kommunikation aller Beteiligten einleiten zu können. Dem Gemeinderat ist bis zur November-Sitzung dieses Jahres ein entsprechendes Konzept vorzulegen. Danke (*Appl.*).

Originaltext des dringlichen Antrages:

Am 4. Oktober 2019 bestritt der Wolfsberger AC sein erstes Heimspiel in der Europa-League in der Ausweichstätte Merkur-Arena in Graz-Liebenau. Angesichts der vielen positiven Effekte solcher internationaleren Fußballspiele war die Freude, Austragungsort zu sein, groß – allerdings verursachte dieses Spiel ein Verkehrschaos, das hohe Wellen schlug und für größte Verärgerung sorgte. Erschwert wurde die Situation durch den Umstand, dass zeitgleich viele Besucherinnen und Besucher die Herbstmesse in nur einer geringen Entfernung zum Stadion besuchten.

Aber auch eklatante Fehler in der Kommunikation zwischen den Behörden, Veranstaltern und der Exekutive haben die Situation noch weiter verschärft.

Das Ausmaß der Ratlosigkeit der Exekutive aufgrund fehlender Informationen gipfelte in Folge darin, dass die Liebenauer Tangente zum Busparkplatz umfunktioniert wurde und somit für den restlichen Verkehr gesperrt werden musste.

Das Ergebnis ist hinlänglich bekannt: Chaos, Überforderung und planloses Handeln übernahmen die Regie und am Ende des Tages gab es keine Verantwortlichen für dieses Durcheinander. In den Medien tat die Messe Graz als Betreiber der Merkur Arena kund, dass die alleinige Verantwortung bei der Polizei läge, diese wiederum klagt über mangelhafte oder fehlende Informationen und meint, die Veranstalter und die Verkehrsplaner der Stadt Graz seien künftig auch gefordert. Und die politischen VerantwortungsträgerInnen verfielen in ein mehr oder weniger kollektives beredtes Schweigen.

Fakt nach diesem Verkehrsinfarkt ist, dass viele Umstände zu diesem Chaos geführt haben und die Schuld daran schlussendlich von keiner der involvierten Stellen übernommen wurde, sondern in diesem Fall der sprichwörtliche Ball hin- und hergeschoben wird. Was aber nicht der Problematik Lösung darstellen kann, vor allem nicht in Hinblick darauf, dass am 7. November und am 28. November die nächsten Heimspiele des WAC stattfinden und im Falle eines gar nicht unwahrscheinlichen Aufstiegs des WAC Graz Austragungsort weiterer Heimspiele unserer Wolfsberger Freunde wäre. Somit ist es dringend an der Zeit, für die Situation rund um die Merkur-Arena Klarheit und Konzepte zu schaffen.

Diese Konzeptionen sollen nicht nur hinsichtlich verkehrsplanerischer Notwendigkeiten erstellt werden: Neben dieser Hardware ist die Software von mindestens ebenso großer Bedeutung. Soll heißen, auch die Kommunikation zwischen allen Beteiligten ist so zu strukturieren und zu regeln, dass Informationen über drastische oder überraschende Änderungen bzw. Abweichungen, die immer eintreten können, zeitgerecht alle involvierten Stellen erreichen, um damit geeignete Maßnahmen einleiten zu können, die auf die jeweils aktuellen Situationen abgestimmt sind.

Darüber hinaus ist es insgesamt dringend erforderlich, im Zuge verkehrsplanerischer Maßnahmen die Folgen und Auswirkungen der Veranstaltungs-Hot-Spots Merkur Arena, Eisstadion Liebenau, Ballsporthalle Hüttenbrennergasse und Messegelände in

den entsprechenden Konzepten zu berücksichtigen, um für den Fall von Großveranstaltungen ein weiteres „unvorhergesehenes“ Verkehrschaos in Jakomini und Liebenau zu vermeiden, das primär zu Lasten und auf Kosten der BewohnerInnen der Bezirke Liebenau und Jakomini geht, in letzter Konsequenz aber auch dem Ruf der Stadt Graz als Veranstaltungsort von nationalen und internationalen Großevents nicht gerade förderlich ist.

Namens des SPÖ Gemeinderatsklubs stelle ich daher den

dringlichen Antrag:

Alle verantwortlichen Stellen des Hauses Graz werden gemäß Motivenbericht dringend ersucht, gemeinsam mit der Exekutive und Betreibern der im Motivenbericht genannten Veranstaltungsorte und unter Einbeziehung von VertreterInnen der Asfinag ein Verkehrs- und Kommunikationskonzept zu erstellen, um einerseits eine Entlastung für die betroffene Bevölkerung in Jakomini und Liebenau hinsichtlich der zusätzlichen Verkehrsbelastungen sicherzustellen und um andererseits geeignete Maßnahmen im Falle des Eintritts von unvorhergesehenen Einflussfaktoren nach entsprechender Kommunikation aller Beteiligten einleiten zu können.

Dem Gemeinderat ist bis zur November-Sitzung dieses Jahres ein entsprechendes Konzept vorzulegen.

GR Topf:

Sehr geehrter Herr Vorsitzende, werte Frau Verkehrsstadträtin, liebe Elke, liebe Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates. Wir sind in beiden Fällen für die Dringlichkeit der Anträge. Ich möchte aber vielleicht doch einen positiven Aspekt gleich mitschicken. Ich glaube, das war wirklich ein Ereignis, das uns vor Augen geführt hat, dass wir tatsächlich in den Abstimmungen zwischen den Ämtern, Behörden und Exekutive nachdenken sollten und ich glaube, dass wir jetzt sozusagen auf dem

richtigen Weg durchaus sind, eben daraus lernen, dass wir vorausschauend diese Dinge in Angriff müssen und ich denke, dass wir mit diesem dringlichen Antrag eigentlich durchaus die Anregung mitgeben, gemeinsam an der Lösung dieser Probleme, die in Zukunft möglicherweise durch Kumulierung von Veranstaltungen öfters auftreten werden, dass wir hier einen guten Weg gemeinsam finden sollten
(Allgem. Appl.).

GRⁱⁿ Ussner:

Ich werde jetzt zum Antrag von Kollegen Sippel sprechen und zum Stau-Gipfel. Und mein Kollege Dreisiebner dann auch noch etwas zum anderen Antrag. Generell sind wir uns ja einig, dass das viele Faktoren waren, glaube ich, die dazu geführt haben, dass der Verkehr zusammengebrochen ist, aber es waren jetzt nicht alles unvorhergesehene Geschehnisse, sondern einfach auch strukturelle Probleme, nämlich z. Bsp., dass unsere öffentlichen Verkehrsmittel nicht auf eigenen Trassen fahren. Und solche Dinge resultieren halt einfach auch aus Versäumnisse der letzten Jahre und wenn ich mir dann den Antrag so anschau, wo drinnen steht, doch hier fehlen seitens der zuständigen Verkehrsstadträtin klare Lösungen, das sind Versäumnisse, die sind schon lang vorher passiert und ihr habt den letzten Verkehrsstadtrat gestellt, lieber Kollege Sippel.

Undeutliche Zwischenrufe aus den Reihen des Gemeinderatssaales.

Ussner:

Und wenn man dann einen Antrag stellt, der die Optimierung des Verkehrsflusses erarbeitet, ich meine, wir wissen, dass wir einfach platztechnisch an den Grenzen angekommen sind und wir dann entweder die Möglichkeit haben, in der historisch gewachsenen Stadt die Häuser wegzureißen oder wir fangen an auf andere

Verkehrsarten zu setzen. Und wie die grüne Welle super funktioniert hat mit dem Verkehrsstadtrat, jetzige Vize Eustacchio, das merkt man jetzt auch noch. Generell werden wir eh nachher auch noch zu meinem Antrag diskutieren, wenn es dann um die Pendler und Pendlerinnen geht. Es passiert sowieso gerade eine Radnetzanalyse, weil ja immer mehr Leute auch durch die Möglichkeit des E-Bikes mit dem Fahrrad in die Stadt reinkommen wollen und den Radverkehr zu fördern, ist in dem Sinne dann auch nicht nur eine Maßnahme für den Radverkehr, sondern auch eine Gesamtverkehrsmaßnahme, weil jeder Radfahrer und jede Radfahrerin, die umsteigt vom Auto, schafft wieder auch mehr Platz für die Autofahrer selbst. Also da bin ich eh gespannt, wie ihr dann mit meinem Antrag umgeht. Wir sehen jedenfalls die Dringlichkeit auch deswegen nicht, weil die Verkehrsstadträtin Kahr heute schon gesagt hat, dass es am 23.10. einen Gipfel zu diesem Verkehrschaos am 3.10. geben wird, und deshalb sehen wir keinen Grund da zustimmen (*Allgem. Appl.*).

GR Dreisiebner:

Dafür versuche ich, es kurz zu machen. Die Tamara Ussner hat schon einiges von dem vorweggenommen, was mir auch wichtig ist. Ich finde es sehr, sehr wichtig, dass man endlich versuchen ein ganzheitliches über alle Verkehrsarten gehendes Verkehrskonzept für den Bereich, wo die großen Veranstaltungsorte sind. Wir haben heute in der Fragestunde eh schon relativ ausführlich darüber geredet. Die Orte brauche ich jetzt nicht mehr benennen. Dass es dort große Veranstaltungen, die teilweise auch parallel stattfinden, ob es ein Stadthallenkonzert oder ein Event ist, ob es die Grazer Messe ist und gleichzeitig eben auch Sport in irgendeiner Form, Hüttenbrennergasse etc. bis hin zum Liebenauer Stadion, betrieben wird. Was ich wirklich sehr, sehr lustig finde, also kurzum, dem Antrag von Ewald Muhr stimmen wir gerne zu, Dringlichkeit und Inhalt. Was ich besonders lustig finde, ist, dass der jetzt nicht anwesende vormalige Verkehrsstadtrat Eustacchio, der ja auch versucht hat, in Graz die grüne Welle zu implementieren, bis er gemerkt hat, dass das nicht funktioniert, weil es in zwei Richtungen nicht geht und weil es noch einen Querverkehr gibt, dass er es von

2013 und 2016, obwohl so gut wie alle diese Events, Locations und Sportlocations dort waren, es nicht geschafft hat, ein Verkehrskonzept am Boden zu bringen bzw. überhaupt darüber nachzudenken. Vielleicht ist es auch für dich, Georg Topf, nachher ein Punkt, wo man darüber nachdenken sollte, warum man jetzt auf einmal draufkommt. Ja, es gehört her, aber einen Gipfel alleine einmal zusammensetzen, das wird das Problem für die nächsten Jahre nicht lösen. Noch dazu, auch schon erwähnt, es gibt neue Verkehrserreger, die kommen werden, sprich neue Bebauungen, neue Parkplatzanlagen usw. usf. Deswegen nein zum sogenannten Verkehrsgipfel, weil er a) eh schon da ist und b) hoffentlich bitte ja ein Verkehrskonzept (*Appl.*).

Die Dringlichkeit des FPÖ-Antrages wurde mit Mehrheit (gegen Grüne) angenommen.

Die Dringlichkeit des SPÖ-Antrages wurde einstimmig angenommen.

StRⁱⁿ Kahr:

Sehr geschätzte Damen und Herren, liebe Antragsteller. Ich will jetzt in meinem Beitrag keine Vermutung über politische Motive anstellen, wenn man überhaupt so von Staustadträtin und so großen Worte in den Mund nimmt, die, wenn man seriös agiert, man eh nicht erst nehmen kann. Aber wichtig ist es, wenn man heute dieses Thema, und es ist auch völlig in Ordnung, in das Zentrum stellt, dann muss man auch einiges Grundsätzliches dazu sagen. Noch einmal, 3. Oktober, das waren gravierende Kommunikationsfehler, daran hätte auch eine öffentliche Äußerung von mir danach nichts mehr genutzt, weil sozusagen zwischen den Abteilungen und der Exekutive hier, etwas was jahrelang vorher immer gut funktioniert hat bei Großveranstaltungen, an diesem Tag halt einmal nicht funktioniert hat. Leider für die Autofahrerinnen, die im Stau gestanden sind, aber es ist heute sehr viel von Wertschätzung und Respekt und Expertenmeinungen gesprochen worden. Ich hoffe doch nicht, dass Sie unseren

Abteilungen und unseren ExpertInnen beim Straßenamt oder Verkehrsabteilung oder auch bei der Holding unterstellen wollen, dass sie ihren Job nicht gut machen. Das ist auch der Grund, warum wir eigentlich unmittelbar danach gesagt haben, es braucht ein besseres Kommunikationssystem, damit das in Hinkunft, also nicht nur für die genannten beiden Spiele, die wir heute schon erörtert haben, sondern auch in Summe, was die größeren Bebauungsplanvorhaben rund um die beiden Veranstaltungsorte betrifft, aber auch in Hinblick auf sehr große Baustellen, die wir in der Stadt Graz noch haben werden in Zusammenarbeit mit der Stadtbaudirektion, wenn es auch um die Straßenbahnausbauten geht. Grundsätzlich möchte ich aber eines sagen und das dürfen wir in dem Zusammenhang nicht vergessen: Staus sind kein beschränktes Phänomen in unserer Stadt Graz und jeder, der seriös über dieses Thema diskutieren will, wird das auch wissen und hoffentlich auch einmal öffentlich zugeben. Wir haben uns vor einiger Zeit, und das sage ich hier jetzt auch ganz offen, hier in diesem Haus dazu bekannt, dass wir uns von dem Konzept einer autogerechten Stadt verabschieden wollen. Warum? Weil uns unsere Stadt Graz lieb ist, dass wir die Lebensqualität in unserer Stadt erhalten wollen und vor allem sie zu keinem unwirtlichen Ort machen wollen. Außerdem ist es in der feinstaubelasteten Stadt auch fahrlässig, den Ausstoß von Schadstoffen einfach hinzunehmen und der passiert durch den motorisierten Individualverkehr nämlich mit und ohne Stau, meine Damen und Herren. Wir sind hoffentlich auch alle für eine menschengerechte Stadt und stehen nach wie vor zu dem Verkehrskonzept unserer Verkehrsplanung, die absoluten Vorrang für den öffentlichen Personennahverkehr, für den Fahrradverkehr und für das Zufußgehen in den Mittelpunkt stellt. Persönlich, und das sage ich an dieser Stelle auch noch einmal, bin ich gegen Zwangsmaßnahmen gegenüber dem motorisierten Individualverkehr wie der City-Maut, sollte das irgendwer sich denken, sage ich das hier noch einmal offen für das Protokoll. Und kein Einziger, und dafür bin ich einigen VorrednerInnen auch dankbar, dass das zumindestens gesehen wird, im Verkehrsressort hat ein Zaubermittel bisher gehabt gegen die Überlastung unserer Straßen. Wenn man auch, und das möchte ich auch hier noch einmal sagen, in der Zukunft glaubt, mit Elektromobilität alleine dieses Problem bekämpfen zu können, irrt man sich. Sie

werden natürlich lokal weniger Schadstoffe verursachen, aber immer sind es noch Autos und wenn wir von dem einen Problem in unseren Einfahrtsstraßen sprechen und dass es nicht zu Staus kommt, werden Elektroautos dieses Problem allein nicht lösen. Natürlich bin ich und sind wir, meine Ämter und alle Beteiligten, bemüht, Abläufe zu verbessern, umfassender und zeitgerechter zu kommunizieren, bei erkennbaren Problemfällen natürlich noch genauer zu planen. Aber Wunder, und das sage ich auch hier, kann man ohne Maßnahmen und Ausbau des öffentlichen Verkehrs stadtübergreifend, zu dem Antrag von Kollegin Ussner kommen wir nachher, auch Radverkehrsausbau über die Stadtgrenzen hinaus und Maßnahmen für die Zufußgehenden nicht erwarten, auch wenn die Experten des Verkehrsausschusses mit dabei sein werden oder wir externe Experten, die ja auch etwas kosten werden. Insofern ist ja dieser Punkt nicht ganz unproblematisch von der Zulässigkeit, aber das macht nichts, ich bin da nicht so ein Gipfelreiter, aber auf jeden Fall darf man sich von so einem „Antistau-Gipfel“, das sage ich jetzt sowieso unter Anführungszeichen, sich keine Wunder erwarten, vor allem keine schnellen. Sollte das die Absicht oder das Ziel sein, denn das Straßennetz, welche Überlastung das hat bei einer rasanten Bebauung in unserer Stadt, wo eigentlich die Investoren das Tempo bestimmen und nicht mehr die Politik und die Infrastruktur eigentlich nur mehr nachhinken kann und auch jährlich einen Zuwachs von Personen, die wir in unserer Stadt haben, mit dem eigentlich Verkehrsplaner vor Jahrzehnten noch nicht konfrontiert waren und auch nicht Verkehrsstadträte. Zu den Schritten, die wir am 23. setzen wollen, bin ich felsenfest davon überzeugt, und da gebe ich auch den Antragstellern vollkommen Recht, dass wir ein Kollektiv von allen Abteilungen einsetzen können, egal, ob das jetzt die Verkehrsplanung, das machen wir sehr gerne, federführend Straßenamt, Polizei ist ganz wichtig, dass die alle Veranstalter immer dabei sind, dass vor allem die Holding Graz Linien dabei sind und, wie gesagt, eben auch die Sprecher der Parteien hier, die für den Verkehr zuständig sind. Unsere Fachleute, und das möchte aber gerade, weil es der Herr Bürgermeister, der heute immens gut aufgelegt war (*lacht*) und eine großartige Wortmeldung hat. Es ist die Frage, warum er so gut aufgelegt ist, ist es einfach das Faktum der klaren Mehrheitsverhältnisse oder warum auch immer? Es sei

ihm gegönnt und es ist auch absolut ok und vor allem es hat mich gefreut, dass er die Arbeit, wie gesagt, unserer Mitarbeiter in den Ämtern sehr schätzt. Das tue ich nämlich auch und auch meine Fraktion. Aber, was ich oft vermissen lasse, ist der Umgang, und das habe ich hier auch schon einmal gesagt, wenn es um unsere Kolleginnen und Kollegen in den Verkehrsabteilungen geht, weil da ist die Wertschätzung und die Fachexpertise oft nicht so gewollt und erwünscht. Und man agiert da oft ihnen gegenüber, wo ich mich schon sehr, sehr wundere. Ja, ich lasse das jetzt so stehen. Deshalb werden wir, der Dringlichkeit haben wir ja zugestimmt, beiden selbstverständlich, das ist absolut ok, auch dem Antrag der FPÖ zustimmen, den Motivenbericht lasse ich jetzt weg, aber die Grundintention ist ok. Deswegen werden wir dem zustimmen und zwar warum auch? Weil der zeitliche Horizont in einem Ausmaß ist, der auch, da geht es auch um Respekt und Wertschätzung gegenüber KollegInnen in Abteilungen, in einem machbaren Ziel ist, es steht nämlich drinnen März 2020, wenn ich mich jetzt richtig erinnere. Ist das so? Genau, bis dahin halte ich das nämlich auch für einigermaßen realistisch, dass wir Ergebnisse haben, auch zu dem Antrag, was du dir wünschst, Ewald. Deshalb werden wir aber deinem Antrag nicht zustimmen, weil November unrealistisch ist und da habe ich meine Experten um ihre Meinung gefragt und die haben mir das bestätigt. Deshalb Zustimmung zum Antrag des Herrn Kollegen Sippel und wir werden dem Antrag, eben wegen dem Zeithorizont, von Kollegen Muhr nicht zustimmen. Dankeschön (*Allgem. Appl.*).

GR Egger:

Liebe Kolleginnen und Kollegen, geschätzte Stadtregerungsmitglieder, werte Zuhörerinnen und Zuhörer auf der Tribüne. Frau Stadträtin, Wunder erwarten wir von Ihnen keine. Das haben wir in den letzten Wochen und Monaten schon gelernt. Wir hoffen trotzdem, dass es in diesem Zusammenhang vielleicht in der Zukunft gelingt, besser auf die Situationen einzugehen und eines wundert mich schon. Sie haben in der Anfragebeantwortung in der Fragestunde relativ deutlich gesagt, dass der Einsatzleiter scheinbar einen Fehler gemacht hat, indem er die falsche Maßnahme getroffen hat. Ja,

kann man machen, muss man nicht machen, politische Verantwortung sieht natürlich auch anders aus. Sie fordern immer ein, dass man sich vor der ...

Zwischenruf StRⁱⁿ Kahr: Für die Polizei bin ich nicht zuständig.

Egger:

Nein, nein, ich weiß schon, dass Sie für die Polizei nicht zuständig sind, aber ich würde mir wünschen, dass Sie auch irgendwann einmal sagen, wie Sie denken.

Zwischenruf StRⁱⁿ Kahr: Das habe ich gerade gesagt.

Egger:

Sie sagen immer, wie die Mitarbeiter denken und die denken so und ...

Zwischenruf StRⁱⁿ Kahr: Ich habe es gerade gesagt.

Egger:

Sie haben gesagt, die Autos darf man nicht rausgeben, den Stau können wir nicht lösen. Also in Wahrheit ist alles immer offen gelassen. Ich habe mir auch die Timeline der KPÖ angeschaut rund um den 3. oder 7. Oktober. Ihr seid ja sonst relativ fleißig beim Kommunizieren. Das wurde irgendwie verschwiegen, weil das betrifft Ihr ureigenstes Ressort und das ist natürlich unangenehm, wenn man da Dinge kommunizieren muss, die nicht ganz so erfreulich sind und ich bitte Sie wirklich, und

wir fordern das in Wahrheit schon seit vielen Monaten ein, dass man endlich einmal etwas weiterbringt in den belasteten Situationen mit dem Stau. Da ist rund um ...

*Zwischenruf GRⁱⁿ **Wutte**: Ihr blockiert ja alles Konstruktive.*

Egger:

Aber geh, tu dich nicht so aufregen, locker bleiben (*Lachen im Gemeinderatssaal*). Es kommt wieder Weihnachten auf uns zu, wir haben vor ein paar Monaten schon ein Konzept eingefordert für ein schlüssiges Konzept im Weihnachtsverkehr. Also einen Gemeinderat vor Weihnachten haben wir ja jedenfalls noch, bevor die Adventzeit beginnt. Ich lasse mich überraschen, ob wir da etwas bekommen. Es würde mich sehr freuen, ein dynamisches Parkleitsystem haben wir noch immer nicht. Das haben Sie nicht vorgelegt, da werden wir auch noch darauf warten.

*Zwischenruf StRⁱⁿ **Kahr**: Das haben auch Ihre Leute nicht vorgelegt.*

Egger:

Naja, jetzt haben Sie doch schon ein bisschen eine Amtszeit hinter sich. Da darf man eigene Ideen einbringen. Wenn es eine gute Idee ist, sind wir natürlich gerne bereit, das zu unterstützen und der Antrag von den zwei genannten Antragstellern ist natürlich zu unterstützen in der Dringlichkeit und im Inhalt und ich hoffe, dass sich weiter etwas bewegt und wir uns endlich in dieser Stadt bewegen können (*Appl.*).

Sippel:

Recht herzlichen Dank für die breite Zustimmung, die sich abzeichnet. Ich halte nicht wirklich viel davon, dass man da jetzt in der Vergangenheit herumkriecht und Schuldige sucht (*Lautes Lachen im Gemeinderatssaal*). Ich interessiere mich sehr für die Geschichte, das mache ich dann in meiner Funktion als Historiker. Als Politiker ist es meine Aufgabe, nach vorne zu schauen und, ich glaube, dass sollten wir alle gemeinsam tun, weil es bringt ja jetzt nichts, jetzt irgendwelchen vergangenen ressortzuständigen Verkehrsstadträten irgendetwas vorzuwerfen. Ich könnte jetzt auch hergehen und sagen, die Verkehrsstadträtin Rücker hat da einmal völlig sinnloses Park & Ride-Häusl hingestellt und das noch immer vor sich hindarbt und Kosten verursacht. Also ich glaube, dass führt uns nicht weiter. Entscheidend ist, dass wir die Probleme, die da sind, anpacken. Wir haben Probleme, ich bin durchaus auch bereit zu sagen, dass das natürlich nicht nur in der Verantwortung der Verkehrsstadträtin liegt. Wir haben 90.000 Pendler tagtäglich zu bewältigen. Wir haben einen enormen Zuzug in den letzten Jahren Jahr für Jahr erlebt. Das ist natürlich auch gleichzeitig ein Verkehr, der da entsteht, keine Frage. Das ist ja nicht ihre alleinige Schuld, dennoch geht es darum, dass man sich daranmacht, diese Probleme, die da sind, auch zu lösen. Und da halte ich auch nichts davon, jetzt die eine Verkehrsgruppe oder den einen Verkehrsteilnehmer gegen den anderen auszuspielen, wie es beispielsweise die Grünen auch wieder machen. Ich bin sehr wohl der Meinung, dass man vielleicht eine autogerechte Stadt, aber eine verkehrsgerechte Stadt zusammenbringen können und zwar mit allen Verkehrsteilnehmern. Da ist der Autofahrer genauso dabei, weil letztlich auch die Wirtschaft auch ohne Autos nicht überleben wird können. Dass viele Arbeitsplätze nicht existieren würden, würde es das Auto nicht geben. Und ich rede jetzt nicht nur vom Autocluster, ich rede auch davon, dass ein Pendler sonst gar nicht die Möglichkeit hätte, in diese Stadt zu kommen und seine Arbeit entsprechend zu verrichten. Das sind ja auch alles Dinge und wenn man schon so weit in der Vergangenheit, jetzt in dem Fall, was die Analyse betrifft, muss man da irgendwo die Raumplanung der vielleicht 60-iger und 70-iger Jahre in das Treffen führen, weil dort ist das auch zustande gekommen, dass heute so viele mit dem Auto fahren müssen. Aber das werden wir

jetzt auch nicht bereinigen, das ist Tatsache. Wir werden jetzt auch nicht Leuten verbieten können, dass sie nicht mehr irgendwo im Grünen ihr Haus haben. Insofern sind sie auf das Auto angewiesen und wir müssen das bewerkstelligen. Ich glaube, wenn man davon reden, dass das jetzt einmal eine Zusammenkunft ist, dann ist das ein guter Start. Aber es wird zuwenig sein und will jetzt gar nicht von einem Gipfel vielleicht sprechen, dann ändern wir das um, das ist ein Anti-Stau-Weg, den wir bestreiten und irgendwann stehen wir dann vielleicht am Gipfel, nämlich dann, wenn die Probleme gelöst sind. Und was den Antrag vom Kollegen Ewald Muhr betrifft, bin ich auch bei der Verkehrsstadträtin Kahr, also wir werden in der Inhaltlichkeit jetzt dann nicht zustimmen, weil es einfach zu kurzfristig ist, aber ich lade dich gerne ein, wenn das ein Erfolg wird, dann können wir uns das beide gemeinsam mit der Verkehrsstadträtin auf die Fahnen heften (*Allgem. Appl.*).

Muhr:

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, auch von mir ein herzliches Dankeschön, dass einerseits einmal die Dringlichkeit gegeben ist. Vom Inhalt her würde ich auch hoffen, dass ein bisschen mehr Zustimmung kommt auch von Seiten der FPÖ, weil nämlich die nächsten Heimspiele ja doch vor der Haustüre stehen und dann wir wieder damit zu kämpfen haben und es sich sicherlich die Zeit bietet, hier zumindest ansatzweise einmal dieses Problem anzugehen ...

Zwischenruf StRⁱⁿ Kahr: unverständlich.

Muhr:

Du hast bis jetzt nichts dazu gesagt, das muss ich ganz ehrlich sagen und die Öffentlichkeit will ja auch nicht hören, was da die Ursache war. Das haben sie eh gewusst, was die Ursache war. Die Öffentlichkeit will hören, welche Lösungen du zu

diesem Problem hast. Das wäre der Ansatz gewesen, was wir uns vielleicht erwartet hätten. Aber dazu kam von deiner Seite ja eigentlich gar nichts in den letzten Tagen, bis auf heute, wo wir erfahren haben, dass es einen Gipfel geben wird. Unsere Fraktion stellt sich ja nicht gegen das Auto per se, das heißt, wir wollen nicht die Verbote für die Autos, wir wollen Angebote schaffen, dass man auf das eigene Auto verzichten kann. Darum ist es auch wichtig, mit dem Verkehrsverbund dort in den Kontakt zu treten, dass wir die Autos z. Bsp. vor Graz abfangen usw. Ich hoffe trotzdem, dass man da ein Verkehrskonzept und Kommunikationskonzept in kürzester Zeit erstellen kann, damit wir da nicht wieder ein Verkehrschaos solchen Ausmaßes erleben werden. Danke (Appl.).

Vorsitzwechsel – Bürgermeister Mag. Nagl übernimmt den Vorsitz (17.15 Uhr).

Der Antrag zum FPÖ-Stück wurde mehrheitlich (gegen Grüne) angenommen.

Der Antrag zum SPÖ-Stück wurde mehrheitlich (gegen SPÖ und Grüne) abgelehnt.

8.6 Graz macht's vor - Klimawandelanpassung trifft auf optimierte Raumordnungsinstrumente (GR Karl Dreisiebner, Grüne)

GR Dreisiebner:

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrter Herr Bürgermeister. Wir haben heute doch sehr lange und intensiv über ein paar Punkte diskutiert, wo es um Urbanität und Klima geht und möchte eingangs vielleicht eine Geschichte kurz herbringen. Es gibt eine Prognose im Vergleich zum Basisjahr 1850 für diverse Städte auf der Welt und in Europa, wie sich die entwickeln, wenn Städte und die sind besonders betroffen von urbaner Hitze und Klimaerwärmung, wenn wir so

weitermachen, wie es im Moment läuft. Es würde etwa in Wien um durchschnittlich 7,6 Grad im Jahr wärmer werden, das ist die Durchschnittstemperatur, die derzeit Skopje hat. Jetzt haben wir Graz in dieser Studie nicht ausgewiesen. Ich nehme an, das könnte ähnlich sein, als weitere Vergleichsbasis nenne ich Ljubljana, das sind acht Grad Erwärmung von 1850 bis 2050. Und das ist etwas, wo man wirklich sehr, sehr genau hinschauen müssen und wollen und sollen. Wollen und sollen sage ich auch deswegen, weil wir ja mit dem Klimabeirat bzw. mit dem Klimafonds, der ja einiges auf die Wege bringen. Aber das kann nicht alles sein. Das, was wir uns auch noch erwarten und was wir uns wünschen würden, wäre, dass wir uns auch unsere Stadtentwicklungskonzepte, unseren Flächenwidmungsplan im weiteren Verlauf, die sind mittlerweile einige Jahr alt, das Stadtentwicklungskonzept ist etwa sechs Jahre in Kraft, dass wir uns die anschauen, ob die noch so für das alles passen und ob man da noch weiter optimieren kann, immer unter den Parametern Klimaschutz, Klimawandelanpassung, Bekämpfung der urbanen Hitze. Wenn uns nebenbei noch etwas anderes auffällt, soll es mir auch Recht sein bei der Zwischenrevision eines Stadtentwicklungskonzeptes. Warum, sage ich da auch. Wir haben das alles im November 2018 in der Klimawandelanpassungsstrategie 2022 mitbeschlossen. Dort ist sehr genau dargelegt, dass es auch im Bereich der Raumordnung, des Stadtentwicklungskonzeptes, der Bebauungsplanung, aber auch im Bereich Bauen und Wohnen, das heißt weiter bei der Bau- und Anlagenbehörde bzw. bei Bebauungsplanungen im Bereich Verkehrsinfrastruktur und natürlich beim Thema Katastrophenmanagement, Naturgefahren, denken wir einfach an die Extremereignisse, die mitunter auch Graz schon sehr intensiv getroffen haben, dass man da überall versucht hinzuschauen, ob das alles passt bzw. etwas man nachbessern kann. Ich bin mir nämlich sicher, dass man da sehr gut einige Dinge nachbessern kann, um das Geld und die Bemühungen der Stadt, die wir über den Klimawandelfonds hoffentlich gut auf den Weg bringen, auch im Bereich des Stadtentwicklungskonzeptes und Raumordnung mit auf den Weg bringen können. Überdies steht nur als weitere Erläuterung unter § 33 im 4.0 Stadtentwicklungskonzept etwas, das wir uns selber damals als Auftrag erteilt haben im Jahr 2013, dass wir nämlich mit Ablauf von fünf

Jahren Frist freiwillig, aber als Verordnung ausgeführt, nach Inkrafttreten, das war eben im Mai 2013, das Stadtentwicklungskonzept evaluieren und erforderlichenfalls anpassen. Das heißt, wir würden da zwei Dinge auf einmal erwischen. Zum einen das tun, was wir uns selbst auferlegt haben, verordnet haben, als Beschluss hier gemacht haben und zum anderen uns auch wirklich die diversen Parameter anschauen. Es gibt sehr viele Dinge, da sind wir sehr gut unterwegs und trotzdem wissen wir alle, es gibt Bauprojekte und Bebauungsplanvorlagen und Beschlüsse, wo z. Bsp. auf Bestandsbäume zuwenig geachtet wird. Wo im Bereich des Straßenraumes auch in Bezug auf Bestandsbäume und Neubäume zuwenig Wert gelegt wird, vielleicht geht da noch etwas. Wo man auch über das Thema Entsiegelung im öffentlich Raum, Entsiegelung im Wohnbereich bzw. die Qualitäten von Dachüberschüttungen, von Tiefgaragenüberschüttungen, Vertikalbegrünung usw. usf. dringend reden sollten, weil im Großen und Ganzen sind wir im Moment mit den Parametern, die wir haben, da, dass wir gerade einen Rasen oder auch eine Blühwiese hinbringen, aber wir können keine hoch wachsenden oder mittelkronigen Bäume z. Bsp. auf eine Tiefgaragendecke stellen. Das könnte man ja auch belohnen und entsprechend fördern. Also Erhalten von Bäumen, Neupflanzen von Bäumen, Entsiegeln und Begrünen und das könnten wir alles erreichen und in dem Sinne ersuche ich um Unterstützung für folgenden

dringlichen Antrag:

1. Stadtplanungsreferent Bürgermeister Mag. Siegfried Nagl wird ersucht, das Stadtplanungsamt, die Stadtbaudirektion, die eben mit der Umsetzungsaktionsplanung Klimawandelanpassung betraut ist, zu beauftragen, die Prüfung einer Revision des 4.0 Stadtentwicklungskonzeptes einzuleiten.
2. Über die Zwischenergebnisse dieser Prüfung sowie die dann feststehenden weiteren Schritte soll im März 2020 ein Bericht dem Stadt- und Grünraumplanungsausschuss vorgelegt werden und allfällig eben auch der Plan für eine weitere öffentliche Auflage einer Revision bekanntgegeben werden.

Ich ersuche um Annahme (*Appl.*).

Originaltext des dringlichen Antrages:

„Die Veränderungen durch den Klimawandel (Temperaturerhöhung und Zunahme von Extremereignissen im Bereich Niederschlag und Temperatur) wirken auf den Bereich Raumordnung und Raumplanung“. Dieser Satz stammt aus dem vor knapp einem Jahr hier im Haus einstimmig beschlossenen Klimawandelanpassung in Graz – Aktionsplan 2022 (S. 13). Neben den Ausführungen zu den negativen Folgen des Klimawandels, wie die Zunahme von Hitzetagen und –nächten, von meteorologischen Extremereignissen und Hitzeinseleffekten im urbanen Raum werde folgende Empfehlungen formuliert:

- bioklimatische Maßnahmen in Bebauungsplänen*
- Reduzierung der Lebensraumzerschneidung und Aufrechterhaltung ökologischer Freiräume*
- bei der Stadt- und Freiraumplanung ist eine klimatologische Verbesserung miteinzubinden*

Auch die Kapitel 2.5 Bauen und Wohnen, 2.6 Verkehrsinfrastruktur und Mobilität sowie 2.8 Schutz vor Naturgefahren und Katastrophenmanagement gehen in eine ähnliche Richtung.

Der Schluss, den wir daraus ziehen müssen, ist klar: Die Stadt muss ihre Raumordnungsinstrumente - beginnend beim 4.0 Stadtentwicklungskonzept und im zweiten Schritt auch den Flächenwidmungsplan - einer kritischen Prüfung und wohl auch einer kräftigen Revision hinsichtlich des Klimaschutzes und der Klimawandelanpassung unterziehen.

Eine solche Prüfung einer Revision des 4.0 Stadtentwicklungskonzepts soll bei nicht optimal eingebundenen Programmen, Leitlinien und Analysen beginnen. Exemplarisch seien hier die Erkenntnisse und Empfehlungen der Stadtklima-Analyse genannt. Eine Revision soll auch eine Aktualisierung der knapp zehn Jahre alten Grün- und Freiflächenbilanz beinhalten und sie soll Möglichkeiten prüfen, die freiraumplanerischen Standards und das Grüne Netz stärker in die Verordnung einzubauen. Festlegungen zu heizungs- und kühlungstechnischen Verordnungen sind

unseres Erachtens genauso zu prüfen wie Festlegungen hinsichtlich Hochwasser- und Extremereignisszenarien. Am Ende wären auf Basis dieser und weiterer Verbesserungen der Verordnungsvorschriften im STEK wohl die derzeit festgelegten maximale Dichte-Obergrenzen in manchen Bereichen zu revidieren.

Nun werden manche hier im Saal vielleicht denken, dass eine große Zwischenrevision des Stadtentwicklungskonzeptes und in der Folge des Flächenwidmungsplans nicht vordringlich sei. Das vorliegende Instrument sei im Grunde ja vorbildlich, mehrheitlich im Gemeinderat beschlossen und soll für 15 Jahre gelten. Dem ist aber zu entgegen, dass die Maßnahmen, die im Klimawandel-Aktionsplan angeführt sind, schon in den nächsten Jahren umzusetzen sind. Daher sollten wir besser schon gestern als heute mit der Prüfung unserer Planungsinstrumente auf ihre „Klimafitness“ hin begonnen haben.

Darüber hinaus haben wir uns im 4.0 Stadtentwicklungskonzept (§ 33 Periodische Evaluierung) selbst den Auftrag erteilt, das 4.0 STEK spätestens nach Ablauf von 5 Jahren nach Inkrafttreten zu evaluieren und erforderlichenfalls anzupassen. Dieser Selbstverpflichtung, die über den gesetzlichen Auftrag des Landes Steiermark hinausgeht, hätten wir bereits seit einem guten Jahr nachkommen müssen.

Schlussendlich ist auch das gelebte – und von vielen Grazerinnen und Grazern erlebte - Weiterbauen an unserer Stadt in vielen Fällen kein Nachweis für Klimaschutz und Verbesserung des Stadtklimas. Wir sind noch immer mit Bauprojekten und Bebauungsplänen konfrontiert, die den Baumbestand zuwenig schützen oder die vorgeschriebenen Nachpflanzungen in zu geringer Zahl ansetzen. Noch immer gibt es Stadtteile mit viel zu wenig Frei- und Grünflächen. Straßensanierungen werden zwar technisch tadellos ausgeführt, doch ohne neue Baumstandorte, Entsiegelungen oder kleinere verkehrsfreie Bereiche mitzudenken. Unser Straßenbahn-Netz wächst zwar langsam, aber Rasengleise sind genauso selten vorgesehen wie es kaum vom motorisierten Individualverkehr abgetrennte Bim-Trassen gibt.

Extensive Dachbegrünungen werden vorgeschrieben, aber noch immer keine vertikalen Begrünungen. Die Erdüberschüttung von Tiefgaragen ist zwar State of the Art, bloß wächst zumeist darauf nichts – außer Rasen. Neu gepflanzte Bäume auf gewerblichen und privaten Parkplätzen sind im Wuchs oftmals derart mickrig, dass es zu keiner

Schattenausbildung und schon gar nicht zu einem Kühleffekt im versiegelten Umfeld kommt. Gegen die Zunahme von Hitzetagen, Tropennächten und die Ausbildung urbaner Hitzeinseln im Wohnbereich und im öffentlichen Bereich tun wir also noch bei weitem nicht genug. Wer das zur Gänze abstreitet, hat den Klimawandel-Aktionsplan entweder nicht gelesen oder das Gelesene mittlerweile zum Teil vergessen.

Nun, da sich ganz offensichtlich der gesamte Gemeinderat und alle Mitglieder unserer Stadtregierung zur hohen Priorität der Klimaschutz-Ziele bekennen, ist es ein wichtiger, ein notwendiger und am Schluss auch ein logischer Schritt, über die Optimierung unserer Raumordnungsinstrumente die gesetzten Ziele zu erreichen.

In diesem Sinne stelle ich namens der Grazer Grünen – ALG folgenden

dringlichen Antrag:

- 1. Stadtplanungsreferent Bürgermeister Mag. Siegfried Nagl wird ersucht, das Stadtplanungsamt und die Stadtbaudirektion, die bekanntlich mit der Koordination und mit der Umsetzung des Aktionsplanes 2022 - Klimawandelanpassung in Graz betraut sind, zu beauftragen, die Prüfung einer Revision des 4.0 Stadtentwicklungskonzept einzuleiten.*
- 2. Über die Zwischenergebnisse dieser Prüfung sowie die weiteren Schritte hin zu einer Zwischenrevision und öffentlichen Auflage des 4.0 Stadtentwicklungskonzept ist dem Ausschuss für Stadt- und Grünraumplanung bis zu seiner Sitzung im März 2020 ein schriftlicher Informationsbericht vorzulegen.*

Bgm. Nagl:

Danke vielmals. Da dieser Antrag den Planungsreferenten der Stadtregierung trifft, darf ich mich gleich zu Beginn zur Dringlichkeit zu Wort melden und wenn ich sage, getroffen hat, dann glaube ich, dass dieser Antrag zutiefst unsere Expertinnen, Experten in der Stadtentwicklung, in der Baudirektion, in der Stadtplanung, aber auch in unserem Kollegenkreis, die sich um die Raumordnung so bemüht haben, getroffen

hat. Im Antrag wird nämlich z. Bsp. auch auf den Beschluss des Aktionsplanes vor rund einem Jahr Bezug genommen. Dieser fasst für die Raumordnung, im Unterschied zu vielen anderen Gebieten, Themengebieten, vor allem bereits verfolgte Strategien, aber auch schon bereits eingeleitete Umsetzungsmaßnahmen zusammen. Denn im Bereich der Raumordnung und insbesondere der Grazer Stadtentwicklungsplanung sind Nachhaltigkeit, Klimaschutz und Klimawandel nichts Neues. Ganz im Gegenteil. In der Tat gehören die aktuellen Raumordnungspläne 4.0 und der dazugehörige FLÄWI-Plan 4.0 zu den effektivsten und bedeutendsten Klimaschutzinstrumenten der Stadt Graz, die wir auch gemeinsam erarbeitet und entwickelt haben. Jetzt erteilen Sie, trotz zahlreicher Anträge, Sie haben ja gesagt, es ist viel Gutes und man will das eine oder andere noch vielleicht hinzufügen, aber letzten Endes möchte ich sagen, dass wir trotz zahlreicher Anträge von Bürgerinnen, Bürgern, Investoren einem Flächenwachstum des Siedlungsraumes eine klare Absage erteilt haben. Es wäre rechtlich zulässig und wahrscheinlich manchmal auch politisch einfacher, aber innerhalb weniger Jahrzehnte alle geeigneten Flächen zum Bauland zu erklären, wird es mit uns ja nicht geben. Damit wären Sie für die Natur, für Kaltluftproduktion, die Landwirtschaft und als Erholungsraum unwiederbringlich verloren. Diese Haltung und die konsequente Beibehaltung trägt mehr zum Klimaschutz bei als zahlreiche derzeit populäre oder große Projektideen. Das Stadtentwicklungskonzept und der FLÄWI-Plan, den wir gemeinsam beschlossen haben, setzen entschieden auf nutzungsdurchmischte Stadt, sofern verträglich, entsteht auf dieser Basis eine Mischung und räumliche Nähe von Wohnen, Arbeiten, Ausbildung, Erholung, Handel etc., also die Stadt der kurzen Wege und dadurch insgesamt auch weniger Zwangsmobilität und darauf sind wir ja auch stolz. StEK und FLÄWI bündeln die Siedlungsentwicklung entlang einer vorhandenen Infrastruktur, auch das haben wir gemacht. Es heißt, nur entlang der ÖV-Achsen haben wir eine Entwicklung zugelassen. 90 % aller Grazerinnen leben heute im Einzugsbereich einer Haltestelle mit städtischer Bedienqualität. Wer sein Wohnumfeld verlässt, kommt in vielen Fällen ohne Autos aus. Was haben wir noch beschlossen und was war noch Leitlinie? Der Flächenwidmungsplan sichert wie kein anderes Werkzeug Flächen für den Radwege-Neu- und Ausbau sowie auch für die fußläufigen Durchwegungen.

Auch darin unterscheiden sich der Grazer FLÄWI-Plan von allen anderen steirischen Gemeinden. Seit 2005 setzt die Stadt den FLÄWI-Plan und seit 2013 das StEK sehr wirkungsvoll für den Hochwasserschutz ein. Es wurden von der Freihaltung großer Grünzüge und Parks bis zur Entsiegelung, von Baumpflanzgeboten bis hin zur Gründachverpflichtung zahlreiche Regelungen etabliert, welche dem urban heat island effect entgegenwirken, auch Klimawandelanpassung findet längst statt, und jetzt noch zu ein paar Ausführungen zum Motivenbericht im Einzelnen: Wir verwenden mittlerweile seit über zwei Jahrzehnten die universitären Expertisen im Bereich der Stadtklimaanalysen, findet also volle Einbindung aller Erkenntnisse für die Raumplanung und das ist optimal. Eine Aktualisierung der Grünflächenbilanz ist tatsächlich vorgesehen und wird in der Folge natürlich auch in die Raumplanung einfließen. Dafür braucht es jedoch keine Revision von StEK oder FLÄWI-Plan. Die verordnungsfähigen Inhalte sowie unsere freiplanerischen Standards als auch Grünes Netz sind 2013 in StEK und 2018 in den FLÄWI eingeflossen. Verbesserungspotential liegt teilweise noch in der Umsetzung dieser bestehenden Vorschriften, kaum in weiteren Verschärfungen, vielmehr ist übrigens eine Überarbeitung der freiraumplanerischen Standards angedacht und vorgesehen. Die Verordnung von Fernwärmeanschlussgebieten, das wissen Sie, ist derzeit rechtlich nicht möglich, wird jedoch nach landesgesetzlichen Änderungen unverzüglich wieder aufgenommen. In meinem Auftrag bereitet in diesen Monaten eine Arbeitsgruppe von Stadtplanung, Umweltamt und Energie Graz ein entsprechendes Gemeinderatsstück vor. Im Motivenbericht des Antrages werden tatsächliche oder behauptete Umsetzungsmängel kritisiert, keine Rasengleise, zuwenig Entsiegelung im Straßenraum, private Baumfällungen, Baumneupflanzungen geringer Qualität. Hier gibt es in StEK und FLÄWI bereits umfassende und konkrete Vorschriften, wenn es Mängel in der Anwendung, Vorschreibung und Kontrolle, kurz im Vollzug, gibt, löst man das nicht durch weitere Vorschriften oder durch schärfere Vorschriften, sondern nur durch den Vollzug. Jetzt werde ich als Referent für das Stadtplanungsamt dem Gemeinderat wie in der Vergangenheit auch künftig Änderungspakete an den Raumordnungsinstrumenten vorlegen. Diese werden konsequent der nachhaltigen

Gesamtstrategie verpflichtet bleiben und sie werden Maßnahmen zur Sicherung von Grünflächen, von Geh- und Radwegen, Betriebsarealen etc. umfassen. So arbeiten wir schon lange, schreibt mir auch mein Stadtplanungsamt. So werden wir es auch künftig halten, aber wir können im Moment sowohl aus fachlicher Sicht des Amtes als ich aus politischer Sicht keine Dringlichkeit erkennen, weil wir gemeinsam vorbildlich dieses StEK und diesen FLÄWI-Plan umgesetzt haben (*Allgem. Appl.*).

GR Sickl:

Sehr geehrte Damen und Herren, Herr Bürgermeister. Nach Ihnen ist es schwierig, noch etwas zu sagen, aber der Antrag hat etwas Oberlehrerhaftes. Alle angefügten Punkte sind mitbedacht in den Raumordnungsplänen 4.0 StEK und im 4.0 FLÄWI und, wie der Herr Bürgermeister schon gesagt hat, ich darf es nur wiederholen, es zählt zu den effektivsten und bedeutendsten Klimaschutzmaßnahmen. Außerdem hat die Stadt Graz, und das hast du auch schon gesagt, es sind 30 Millionen im Fonds für Klimaschutz, etwas Ähnliches gibt es in ganz Österreich und ist nirgends zu sehen. Deshalb ist für uns die Dringlichkeit auch nicht vorhanden und werden gegen den dringlichen Antrag stimmen. Dankeschön (*Allgem. Appl.*).

Dreisiebner:

Also ich schreibe mir das jetzt auf. Der 17. Oktober, ist der Tag, an dem wir fast alle fast immer Mitarbeiter aus verschiedenen Abteilungen, scheinbar sehr persönlich, getroffen haben. Ich darf mich noch einmal hier hinstellen und sagen, das ist nicht die Absicht von mir und wahrscheinlich auch von allen anderen hier, dass wir Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter persönlich treffen. Es ist ein politischer Ansatz, über den kann man trefflich streiten. Danke, dass Sie die Stellungnahme der Stadtplanung verlesen haben, ich nehme das natürlich zur Kenntnis, Herr Bürgermeister. Wie gesagt, unser Zugang ist ja nicht der, dass wir nichts drinnen haben, das haben Sie auch herausgelesen aus dem Antragstext und aus dem Motivenbericht. Unser Ansinnen

wäre, das nachzujustieren. Und man bekommt aus vielen Bereichen, vielleicht sogar innerhalb des Magistrats, aber zumindest von außen, von innerhalb weiß ich es nicht, da bilde ich mir das vielleicht nur ein, weil das war nicht offiziell oder so, von außen bekommt man doch immer wieder den Hinweis, was man schon noch drehen könnte an grundsätzlich guten Instrumenten, die da sind, an grundsätzlich guten Verordnungen und um das wäre es uns gegangen und das steht ja auch im Aktionsplan drinnen, dass man da an den Dingen weiterdreht. Und Aktionsplan ist nicht für 20 irgendwann, das ist eigentlich eine Geschichte, wo man in drei Jahren weiterkommen sollten und das war nicht der Versuch, MitarbeiterInnen der Untätigkeit, des konservativen Bestemms oder was auch immer zu zeihen, auch Sie nicht, Herr Bürgermeister, sondern das war der Versuch, dass man in den nächsten drei Jahren auch auf dieser Ebene ein paar Dinge vielleicht noch angehen. Ich werde da weiter lästig und aktiv bleiben und hoffe, dass man auf einem anderen Weg weiterkommen (*Appl.*).

Bgm. Nagl:

Ich betone noch einmal, wenn wir einen wirklichen Handlungsbedarf sehen, werden wir eine Änderung ja einbringen, aber im Moment glauben wir, dass wir gerade ein tolles Instrument entwickelt haben und da sind sehr viele darauf stolz.

Zwischenruf StRⁱⁿ **Schwentner:** unverständlich.

Bgm. Nagl.

Wir werden immer etwas weiterentwickeln, aber dass wir das StEK überarbeiten, sehen viele nicht dringlich, wo wir es auch gemeinsam erarbeitet haben. Erst deswegen habe ich gesagt, das Treffen ist vielleicht falsch, aber Verwunderung war bei allen zumindest da, warum wir jetzt auf einmal ein StEK-Konzept und einen FLÄWI-Plan

wieder diskutieren sollen. Wir haben die letzten Jahre intensiv daran gearbeitet, und ich glaube, dass man sogar in puncto Klimainnovationsstadt allen anderen Gemeinden gezeigt hat, wie es geht.

Der dringliche Antrag wurde (gegen KPÖ, SPÖ, Grüne, Neos) abgelehnt.

**8.7 Fahrradoffensive für Graz
(GRⁱⁿ Tamara Ussner, Grüne)**

GRⁱⁿ Ussner:

Die Problematik der Klimakrise ist jetzt zumindest zum Glück bei allen Fraktionen im Gemeinderat schon angekommen. Aber im Energiesystem und der Landwirtschaft müssen wir eben auch unser Mobilitätsverhalten grundlegend verändern. Wir haben jetzt heute schon lang genug über den 3.10. gesprochen und während dieses Verkehrschaos stattgefunden hat in Graz, war zur gleichen Zeit die internationale CIVITAS Konferenz in Graz und zwar ist es da darum gegangen, dass es eine von der EU-Kommission gesponserte Konferenz zum Thema urbane Mobilität ist. Der Bürgermeister war auch dort.

Zwischenruf StRⁱⁿ Kahr: Ich war auch dort.

Ussner:

... und die Frau Stadträtin auch, die habe ich nicht gesehen (*lacht*).

Zwischenruf StRⁱⁿ Kahr: Und Vize auch.

Ussner:

... habe ich auch nicht gesehen, den Bürgermeister habe ich gesehen. Das Motto war „Back to the future“. Und ich habe das ziemlich spannend gefunden, weil bei vielen Keynote-speakers hatte ich eigentlich eine ziemlich klare Aussage abgezeichnet, nämlich, dass die Probleme in unserer urbanen Mobilität seit Jahrzehnten die gleichen sind und die Lösungen liegen eigentlich fast genau so lang schon auf der Hand. Es scheitert einfach nur an einer konsequenten Umsetzung und es war sehr interessant, weil einer hat gesagt, wir bekommen einfach so viele neue Möglichkeiten, unsere Probleme in der urbanen Mobilität zu lösen und die Technologie gibt uns einfach jeden Tag wieder neue Möglichkeiten. Aber die Lösungen sehen wir, wenn wir zurückschauen. Und wir wissen, dass die bereitgestellte Infrastruktur sich maßgeblich auf das Mobilitätsverhalten der Menschen auswirkt. Das geht vom öffentlichen Verkehr, der leistungsfähig, schnell und gut ausgebaut ist, bis hin eben auch zum Radverkehr, der einfach in mittelgroßen Städten wie Graz ideal ist. Jeder fünfte Weg wird inzwischen in Graz mit dem Rad zurückgelegt, an der Radinfrastruktur hat sich nur mäßig etwas verändert. Und ich möchte jetzt noch einmal auf den Punkt zurückkommen, dass Maßnahmen für den Radverkehr eigentlich Maßnahmen für das gesamte Verkehrssystem sind. Eben, wenn man sich anschaut, wenn eine Person vom Rad auf das Auto umsteigt, dann hast du einfach für den Autoverkehr auch mehr Platz. Und in meinem Interesse ist es überhaupt nicht, irgendwelche Verkehrsteilnehmer gegeneinander auszuspielen, weil das vorher einmal gekommen ist. Ich habe auch kein Interesse daran, dass die Autos in Graz im Stau stehen und vor allem jetzt, wenn die Feinstaubsaison wieder kommt, die Luft verschmutzen. Es geht darum, Menschen, die können, die vom Auto auf das Rad umsteigen können oder auf die Öffis, auch dazu zu bewegen. Das ist einerseits die Motivation für diesen Antrag und andererseits, weil uns auch wieder die Feinstaubsaison bevorsteht. Gestern ist ein Artikel im Standard gestanden, dass es in Europa 400.000 Menschen gibt, die früher an Feinstaub sterben.

Also das ist keine Thematik, die man einfach so abtun kann, vor allem in Graz, wo wir wissen, dass wir einfach noch immer massive Probleme haben.

Zwischenruf unverständlich.

Ussner:

Ja auf der Straße auch und wir wissen aber auch, dass der MIV der Hauptverursacher auf den Straßen ist vom Feinstaub in Graz. In Österreich sind 5.300 Menschen, die jährlich am Feinstaub sterben und jetzt auch noch einmal ein paar Zahlen: Laut FGM wird 92 % des öffentlichen Raumes für das Auto verwendet, also am ruhenden Verkehr, 3 % für den ÖV, 3 % für den Fußverkehr und 2 % für den Radverkehr. Und wenn man sich dann überlegt, dass ein Auto eigentlich durchschnittlich in Österreich 50 Minuten lang am Tag gefahren wird und was man mit dem Raum eigentlich alles machen könnte, dann tun sich dann neue Welten auf und vor allem wissen wir, dass viele Leute einfach deswegen nicht auf das Rad umsteigen, weil die Radinfrastruktur nicht angemessen ist. Wir haben ein lückenhaftes Netz, wir haben viel zu schmale Radwege, eben teilweise gar keine Radwege, sehr gefährliche Stellen, was den Vorrang angeht und da gilt es anzusetzen. Nämlich, nicht nur im Sinne der Radfahrer und Radfahrerinnen, sondern im Sinne des gesamten Verkehrssystems.

Deswegen stelle ich folgenden

dringlichen Antrag:

1. Der Gemeinderat bekennt sich beim Infrastrukturausbau des Straßennetzes zu einer klaren Priorisierung des Radverkehrs.
2. Der Gemeinderat bekennt sich zur Zielsetzung, jährlich drei Fahrradstraßen zu realisieren.

3. Die Verkehrsplanung wird beauftragt zu prüfen, ob in der Zinzendorfgasse und in der Prankergasse die testweise Umsetzung einer Fahrradstraße möglich ist. Warum die Prankergasse? Das möchte ich nur kurz erläutern. Im Herbst ist ein dringlicher Antrag angenommen worden von mir, der eine angemessene Fahrradverbindung von Reininghaus in die Innenstadt fordert. Die Prankergasse wäre eigentlich perfekt, da fahren nicht viele Auto durch und es ist mit der Unterführung der Friedhofsgasse am Steinfeld auch gut verbunden. Um das zu testen, wäre eigentlich einmal ein Schritt, diesen dringlichen Antrag auch umzusetzen und nicht wie ganz viele andere Mobilitätskonzepte in den Schubladen verrotten zu lassen.
4. Die Verkehrsplanung wird beauftragt, ein Arbeitsprogramm für die Verbesserung der Radinfrastruktur zu erarbeiten. Hierbei sollen insbesondere die geplanten Schritte inklusive der zeitlichen Planung zur Errichtung von Radhighways aus den Außenbezirken in die Innenstadt, zur Einrichtung von Fahrradstraßen sowie zu flächendeckenden Lückenschlüssen im Radwegnetz und zur Bevorrangung in Kreuzungssituationen dargelegt werden. Das Arbeitsprogramm ist dem Verkehrsausschuss bis Februar 2020 vorzulegen

Bitte um Annahme (*Allgem. Appl.*).

Originaltext des dringlichen Antrages:

Wir stecken mitten in der Klimakrise. Um die schlimmsten Auswirkungen noch abwenden zu können, müssen wir neben unserem Energiesystem und der Landwirtschaft auch unser Mobilitätsverhalten grundlegend verändern. ExpertInnen aus allen Bereichen der Klima- und Mobilitätsforschung bestätigen, dass die Priorisierung von Radmobilität eine der dringend notwendigen Lösungen ist.

Vor genau zwei Wochen brach das Grazer Verkehrsnetz völlig zusammen. Zur gleichen Zeit fand in unserer Stadt die internationale CIVITAS-Konferenz zur urbanen Mobilität statt. Die hochkarätig besetzte Konferenz stand unter dem Motto „Back to the future“.

Die Aussagen der Vortragenden waren klar und eindeutig: Die Probleme urbaner Mobilität sind seit Jahrzehnten die gleichen, aber auch die Lösungen und notwendigen Maßnahmen liegen fast genauso lange auf der Hand. Es scheitert jedoch an der konsequenten Umsetzung. Anzusetzen gilt es beim Mobilitätsverhalten der Menschen und damit bei der Umgestaltung des öffentlichen Raumes und der Infrastruktur. Die bereitgestellte Infrastruktur wirkt sich maßgeblich auf das Mobilitätsverhalten der Menschen aus.

Wenn der öffentliche Verkehr gut ausgebaut, leistbar und pünktlich ist, steigen mehr Menschen vom Auto um. Dazu braucht es eine entsprechende Linienführung, eine dichte Taktung und eigene Trassen und Busspuren.

Dasselbe gilt aber auch für den Radverkehr, insbesondere in mittelgroßen Städten wie Graz, die für den Radverkehr ideal sind. Wenn die Infrastruktur für das Radfahren entsprechend ausgebaut ist, dann ist auch die Bereitschaft zum Umstieg vom Auto aufs Fahrrad viel höher. Notwendig dafür ist eine wirklich hochwertige Radinfrastruktur mit Radhighways und Fahrradstraßen sowie Lückenschlüssen, um durchgängige Routen zu gewährleisten. Wir brauchen gute Anbindungen von den Außenbezirken in die Innenstadt und auch entsprechende Verbindungen zwischen den Außenbezirken.

In Graz wird inzwischen jeder fünfte Weg mit dem Rad zurückgelegt und es geht, wie uns internationale Beispiele zeigen, noch deutlich mehr. Dafür muss es aber in der Verkehrspolitik und beim Ausbau der Infrastruktur zu einer klaren Priorisierung des Radverkehrs kommen. Die Forcierung des Radverkehrs ist nicht nur aus Kostengründen sinnvoll, sie ist auch eine der wichtigsten Maßnahmen, um die Luftqualität in unserer Stadt nachhaltig zu verbessern.

Im Sinne des obigen Motivenberichtes stelle ich namens der Fraktion der Grünen – ALG folgenden

dringlichen Antrag:

- 1. Der Gemeinderat bekennt sich beim Infrastrukturausbau des Straßennetzes zu einer klaren Priorisierung des Radverkehrs.*
- 2. Der Gemeinderat bekennt sich zur Zielsetzung, jährlich 3 Fahrradstraßen zu realisieren.*
- 3. Die Verkehrsplanung wird beauftragt zu prüfen, ob in der Zinzendorfgasse und in der Prankergasse die testweise Umsetzung einer Fahrradstraße möglich ist.*
- 4. Die Verkehrsplanung wird beauftragt, ein Arbeitsprogramm für die Verbesserung der Radinfrastruktur zu erarbeiten. Hierbei sollen insbesondere die geplanten Schritte inklusive der zeitlichen Planung zur Einrichtung von Radhighways aus den Außenbezirken in die Innenstadt, zur Einrichtung von Fahrradstraßen sowie zu flächendeckenden Lückenschlüssen im Radwegenetz und zur Bevorrangung in Kreuzungssituationen dargelegt werden. Das Arbeitsprogramm ist dem Verkehrsausschuss bis Februar 2020 vorzulegen.*

GR Pogner:

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr geehrte Damen und Herren der Stadtregierung, werte Gemeinderäte und Gemeinderätinnen, ZuhörerInnen auf der Tribüne, liebe Tamara. Wir wissen, Radfahren ist gesund, hält fit und trotzdem habe ich bei dir den Eindruck gehabt, du strampelst dich ab, aber fährst nur hinterher. Wir haben natürlich ein großes Ziel und das große Ziel heißt, ein ordentliches Radwegenetz zu haben und da haben wir schon vom Land aus ein großes Projekt. Das Land hat eine Studie in Auftrag gegeben, die Studie ist im Laufen, sie ist im Ausarbeiten. Es wird ein übergeordnetes Radwegenetz geben, das Land plant ein strategisches Radwegenetz und zwar nicht nur im Umland, sondern inklusive der Stadt Graz. Das heißt, Graz ist vollkommen miteingebunden, die Studie ist im Fertigwerden, wird wahrscheinlich noch vor dem Termin, den du drinnen hast, du hast drinnen stehen, bis Februar 2020 soll da etwas im Ausschuss beraten werden, die Studie wird vorher schon fertig sein und am Tisch liegen. Miteingebunden von uns ist auch bei der Studie die Verkehrsplanung und die Stadtplanung und da wird auf engste Art und Weise zusammengearbeitet. Und ein

dringlicher Antrag in dem Sinn, dass ich jetzt hergehe und sage, ich bringe da jetzt ein zwei Straßenzüge und jedes Jahr machen wir drei neue Straßenzüge und so, das ist das falsche Mittel. Es gehört eine Gesamtnetzbetrachtung des Radweges, der Radwegsituation gemacht. Die wird gerade, wie gesagt, erstellt, das ist im Laufen. Nicht einzelne Straßenzüge sind unser Ziel, das Ziel, ist ein gesamtes Radwegnetz hier zu haben. Wie gesagt, stramble weiter, fahre mit und schau, dass du uns einholst, weil momentan hängst du ja gewaltig hinten nach und daher gibt es von uns keine Dringlichkeit, denn wir sind euch schon weit voraus (*Allgem. Appl.*).

GR Lohr:

Hoher Gemeinderat, liebe Kollegin Ussner. Wenn du einmal deinen Antragstext beginnst, wir stecken mitten in der Klimakrise und dann auch der Vortrag von deinem Klubobmann, das erinnert mich dann schon an die Weltuntergangssekte, an die angesprochene. Zur Fahrradoffensive selbst, die findet statt, da sind wir uns alle einig. Wir wollen positiv verändern, dass mehr Leute mit dem Rad fahren. Wir wollen auch den Modalsplit ändern zugunsten von Fußgängern und Radverkehr. Da muss ich auch richtigstellen, da ist in der letzten Periode sehr viel weitergegangen. Also der Verkehrsstadtrat Eustacchio hat auch mit Landeshilfe und natürlich alle gemeinsam hier, die immer wieder zugestimmt haben, sehr wohl, sehr viel am Rad ausgebaut, sehr viele Radwege und -lücken geschlossen und das findet auch in dieser Periode statt. Dann noch zwei Punkte, wenn du meinst, dass die auswärtigen Fußballfans da mit dem E-Bike dann zum Fußballspiel kommen werden, das wird eher nicht funktionieren, wenn die von Kärnten heraufkommen, wird die Batterie zwei-, dreimal leer sein, das wird ein bisschen zu lange dauern und wenn du dann Todesopfer erwähnst in puncto Feinstaub und so, ist es halt auch wieder sehr polemisch. Da könnte ein böser Gemeinderat dagegen argumentieren, wie viele Radunfälle Todesopfer fordern, wie viel da am Rad passiert. Ich glaube, da kommen wir auch nicht weiter. Einig sind wir, dass wir diese Dinge jetzt schon prüfen. Kollege Pogner hat es ausgeführt, auch die

Zinzendorfsgasse ist schon mehrmals angeschaut worden. Also es passiert, daher ist der Antrag nicht dringlich (*Allgem. Appl.*).

GRⁱⁿ Robosch:

Geschätzte Kolleginnen und Kollegen, liebe Damen und Herren auf der Zusehergalerie. Ich finde den Antrag deswegen so wichtig, weil es nicht nur darum geht, dass man jetzt quasi drei Straßenzüge zu Fahrradnetzen macht, sondern ich glaube auch, das muss man uns eingestehen, das ist ein viel weitgehender Antrag und geht es um die grundsätzliche Priorisierung des Radverkehrs in unserer Stadt und im ganzen Konzept in unserer Gesellschaft wegen der Klimakrise. Und es ist auch sehr witzig, dass sich jetzt leider, das tut mir leid, aber ein ÖVPLer da herstellt und sagt, wir sind euch weit voraus, weil das Radnetz ist nicht ausgebaut und ich habe auch heute eine Anfrage zu dem, warum es nicht ausgebaut ist, weil es gab 2016 nicht einstimmig, aber einen mehrheitlichen Antrag, auch unterstützt von der ÖVP, zu den Fahrradhighways und zum Fahrradnetz und wir haben es noch immer nicht. Wir haben einen Fahrradhighway in der Wickenburggasse und das Fahrradnetz, das quasi gefordert wurde, ist mehr als löchrig. Und deswegen glaube ich, dass man diese Diskussion ernsthaft führen müssen und diese Priorisierung wirklich auch anstreben müssen. Und wir als Sozialdemokratie haben immer gesagt, die sanfte Mobilität, also auch der ÖV und das Fahrrad, müssen heutzutage Vorrang haben. Und Vorrang möglicherweise auch vor dem Individualverkehr und vor dem Auto. Und das tut auf den ersten Blick vielleicht weh, aber wenn man sich das länger überlegt, tut das gar nicht weh. Weil wir haben schon gesagt, Fahrradfahren macht fit, aber auch quasi das auszubauen und die Infrastruktur zur Verfügung zu stellen, kann das Verhalten in unserer Stadt ändern und kann das Verhalten unserer Bewohner und Bewohnerinnen ändern. Und das einfach abzuweisen mit dem Argument, es gibt jetzt eine Studie und wir sind euch so viel voraus. Wenn Sie uns so weit voraus wären, dann hätten wir mehr Fahrradnetze und ich glaube auch, dass er einfach gut ist, weil da konkrete Forderungen sind.

Nicht nur, weil er sagt, jedes Jahr drei neue Straßenzüge, sondern weil er auch konkrete Ziele hat mit der quasi Verbindung von den äußeren Bezirken in die Innenstadt und quasi auch die arbeitenden Menschen versucht, auf das Rad zu bringen, dass man auch den Arbeitsweg vielleicht mit Öffi oder mit Fahrrad quasi zurücklegt. Und ich kann da nur sagen, danke für diesen Antrag. Wir unterstützen ihn. Wir hoffen, dass quasi diese ständige Diskussion von wegen, wer macht was, endlich aufhört und dass man an einem Strang ziehen, wie wir es 2016 gemacht haben, weil die einzige Partei, die da nicht mitgestimmt hat, war die FPÖ (*Allgem. Appl.*).

StRⁱⁿ Kahr:

Geschätzte Antragstellerin, liebe Kolleginnen und Kollegen. Ich möchte gerne für meine Fraktion sagen, wir werden der Dringlichkeit zustimmen, obwohl, da teile ich die Haltung von meinem Vorredner Herrn GR Pogner, es wäre normalerweise nicht dringlich, weil großteils diese Sachen, die hier angesprochen werden, tatsächlich auch von der Verkehrsabteilung als prioritär und dringend gesehen werden. Diese Radverkehrskonzepte, was schon angesprochen ist, zwischen Land und der Stadt Graz, das gibt es, das wird auch tatsächlich bald für die Kollegen und Kolleginnen hier im Gemeinderat vorliegen. Letztendlich ist es wie immer. Die Sachen sind dann irgendwann einmal konkret und es braucht dann für diese Vorhaben auch die Mehrheit immer im Gemeinderat und im Ausschuss. Aber ich bin da total optimistisch, weil nachdem alle gesagt haben, dass das ja wichtig und notwendig ist, habe ich da keine große Sorge. Das Rückgrat in unserer Stadt Graz, muss ich trotzdem noch einmal sagen, Umweltverbund, ist letztendlich der öffentliche Verkehr. Radfahren und Zufußgehen ist für mich gleichwertig und gleich notwendig und wichtig. Aber ich möchte trotzdem sagen, der öffentliche Verkehr, da müssen wir vor allem weiterkommen und eines muss ich sagen, ich bin nicht glücklich immer und jeder, der seriös agiert, und ich kenne die Kollegen und Kolleginnen auch von dieser Move-it-Bewegung, wo ich in Wirklichkeit vieles inhaltlich unterstützen kann, aber den

Verkehrsabteilungen der Stadt Graz vorzugeben, im Monat x müssen so viele, in dem Jahr müssen so und so viele Sachen genau umgesetzt sein ...

*Zwischenruf GR **Pogner**: Dem stimmt ihr zu?*

StR Kahr:

... da muss man sagen, das finde ich nicht klug. Ich stimme deshalb zu, weil alles, was inhaltlich genannt wurde, in die Richtung, die es gehen muss, in die soll es gehen und das sehe ich als Unterstützung unserer Vorhaben an und nicht als Gegenteiliges, deshalb würden wir auch dem Antrag zustimmen. Fahrradstraßen, kann ich gleich vorweg sagen, wird es einen Vorschlag ganz konkret geben. Ob wir drei z. Bsp. ganz konkret nächstes Jahr umsetzen werden, das ist eine andere Frage. Und deshalb halte ich oft von solchen Vorgaben nichts. Das wollte ich nur persönlich auch anmerken.

Ussner:

Danke einmal an die SPÖ und an die KPÖ. Anna, bei dir habe ich das Gefühl gehabt, dass du den Antrag verstanden hast (*lacht*) und bei der Elke auch (*lacht*). Ich glaube, bei den Regierungsparteien ist da irgendetwas in der Kommunikation verloren gegangen. Kurz zum Kollegen Lohr, die Todesopfer und die statistische Zahl an Todesopfern als polemisch zu bezeichnen, weil ich das da im Gemeinderat thematisiere, finde ich eigentlich ein bisschen eklig, weil das sind tragische Tode, die einfach vermieden werden könnten ...

*Zwischenruf GR **Lohr**: Es gibt auch Radopfer.*

Ussner:

... also ich bitte da um ein bisschen mehr Respekt gegenüber der Problematik, die da einfach in urbanen Räumen in Europa herrscht. Zum Kollegen Pogner, ich weiß ja, dass diese Studie gerade stattfindet und ...

Zwischenruf GR Pogner: Überraschung.

Ussner:

... klar und mir geht es nämlich genau darum, die Problematik, seit ich hier herinsitze, sehe, dass wir immer Dinge beschließen, die dann nie zu einer Umsetzung kommen und wenn sich der Gemeinderat einmal gemeinsam durch einen dringlichen Antrag dafür ausspricht, dann sehe ich die Chancen zumindest einmal höher, dass dann aus einer wahrscheinlich auch finanziell aufwendigen, ressourcenreich aufwendigen Studie dann auch wirklich etwas passiert. Und dann nicht wie die ganzen anderen Mobilitätsstudien, die wir haben, einfach wieder in der Versenkung verschwinden.

Zwischenruf GR Pogner: Gang höher schalten und uns nachfahren.

Ussner:

Aber es ist schön zu sehen, dass wir eh alle das gleiche Ziel haben. Ich bin sehr gespannt, was dann wirklich rauskommt. Und kurz, Elke, zu dir, weil den Radverkehr deswegen, mir ist ja auch bewusst, dass der öffentliche Verkehr mindestens genauso wichtig ist und einfach das Rückgrat des Verkehrs sein sollte in Graz, Radverkehrsmaßnahmen sind halt einfach viel schneller und billiger umzusetzen.

Zwischenruf StRⁱⁿ Kahr: Jein nicht immer.

Ussner:

Aber im Vergleich zum Ausbau einer Straßenbahnlinie halt schon und wie wir in den letzten Wochen gesehen haben, wird die Situation halt einfach immer dringlicher. Deshalb auch der Schwerpunkt auf den Radverkehr. Schade finde ich es, dass ihr dem einen Punkt nicht zustimmt, der eigentlich auch von eurem Bezirksvorsteher ÖVP Liebenau als Bezirksratsantrag gekommen ist, nämlich dem Fahrradhighway aus den Außenbezirken in die Innenstadt. Sehr schade, aber danke an die anderen (*Allgem. Appl.*)

Die Dringlichkeit des Antrages wurde (gegen Grüne, SPÖ, KPÖ, Neos) abgelehnt.

8.8 Verbot von A-Werbbeständern an Wahltagen vor Wahllokalen (GR Ehmann, SPÖ)

GR Ehmann:

Herr Bürgermeister, geschätzte Mitglieder des Stadtsenates, Kolleginnen und Kollegen. Vielleicht nicht so spektakulär wie andere Anträge, das mag sein, aber nicht unwichtiger als andere Anträge, warum, das werde ich euch erzählen. Das Thema ist, wir erleben das immer wieder, ich nehme an, dass es anderen Fraktionen nicht viel anders gehen wird, dass es oftmals Beschwerden gibt, dass vor Wahllokalen, vor allem im Speziellen bei Wahllokalen, wo die Hauskante oder bzw. ein relativ schmaler Gehsteig vor dem Wahllokal bestehend ist und dann wahlwerbende Gruppen, wo es natürlich in Ordnung ist, dass wahlwerbende Gruppen selbstverständlich ihre Kandidatinnen und Kandidaten präsentieren, aber dafür gibt es auch geeignete

buchbare Flächen etc. Also es ist für wahlwerbende Gruppen jetzt nicht so schwer, hier das flächendeckend in der Stadt zu machen, aber diese Ständer, diese A-Ständer, diese speziellen, die vor den Wahllokalen am Wahltag besten Fall, also in der Früh deponiert werden und dann am Abend wieder, im besten Fall, eingeräumt werden und eingeholt werden, weil immer passiert das auch nicht, denn manchmal bleiben sie noch ein paar Tage stehen auch noch und sind dann relativ lästig, aber kommt auch vor, habe ich auch schon gesehen. Aber, wie gesagt, noch einmal, es geht darum, dass wir, wie gesagt, viele Hinweise aus der Bevölkerung bekommen, vor allem von älteren Menschen, Menschen, die im Rollstuhl unterwegs sind, Menschen, mit Behinderungen eben bzw. Eltern mit Kinderwägen, die hier oftmals einen Slalom vor den Wahllokalen vorfinden und daher war es einfach der Vernunft geboten, einen Antrag diesbezüglich zu formulieren und hier eine Willensbekundung seitens der anderen Fraktionen einzuholen, ob wir nicht daran denken mögen, dass wir das für die Zukunft möglicherweise vor den Wahllokalen unterlassen. Inwieweit ich trotzdem auch darauf hinweise und weiß, dass das der Gemeindewahlbehörde obliegt, das heißt, hier können wir nur eine politische Willenskundgebung abgeben. Aber letztendlich der Wahlbehörde hier dann seitens der Fraktionen, die ja in der Wahlbehörde sitzen, hier einen Auftrag mitzugeben, möglicherweise einen derartigen Antrag dort einzubringen und dann auch dort letztendlich abstimmen zu lassen. Und ich erinnere noch an die UN-Behindertenrechtskonvention, der wir uns ja verschrieben haben in der Umsetzung, auch in der Stadt. Da gibt es den Artikel 3, allgemeine Grundsätze, da gibt es den Bereich oder den Buchstaben F eben, der sich mit der Barrierefreiheit auseinandersetzt und im Artikel 29 die Teilhabe am politischen Leben und öffentlichen Leben für Menschen mit Behinderung, wo genau geregelt ist in Abs. A, Punkt 3, wo man garantieren sollen die freie Willensäußerung von Menschen mit Behinderung als Wähler und Wählerinnen. Dazu natürlich gehört aber auch der Gang oder die Fahrt zum Wahllokal letztendlich und ich denke, es wäre einfach vernünftig, dieser Plakatflut und diesen Slalom, die oft Wählerinnen und Wähler vor vereinzelt Wahllokalen, natürlich nicht vor allen, aber vor vereinzelt Wahllokalen, dem Abhilfe zu schaffen und gänzlich auf die A-Ständer

zu verzichten. Ich weise auch daraufhin, dass das in vielen anderen Städten auch unüblich ist, also das findet auch nicht in allen Städten statt. Also warum sollen wir in Graz nicht auch hier einen Schritt in diese Richtung gehen? Ich hoffe auf eure Zustimmung (*Allgem. Appl.*).

Originaltext des dringlichen Antrages:

Die vor vielen Grazer Wahllokalen aufgestellten A-Werbeständer der wahlwerbenden Parteien am Wahltag sorgen bei WählerInnen zunehmend für Verärgerung, wie erst zuletzt in Zusammenhang mit der Nationalratswahl festgestellt werden musste. Nicht nur, dass es eine Frage der Optik ist, wenn unmittelbar vor dem Eingang von Wahllokalen Wahlständer um Wahlständer steht – teilweise wird damit sogar der barrierefreie Zugang zu Wahllokalen beeinträchtigt. Und es kann auch nicht sein, dass etwa Eltern, die mit dem Kinderwagen unterwegs sind und ihr Wahlrecht in Anspruch nehmen wollen, sich zu einem regelrechten Slalom zwischen A-Ständern gezwungen sehen.

Dass Wahlwerbung wichtig ist, steht außer Streit; und selbstverständlich sollten alle wahlwerbenden Parteien Gelegenheit haben, ihre Positionen und ihre KandidatInnen zu präsentieren – aber dafür gibt es Möglichkeiten genug: über Plakatflächen, über genehmigte Dreieckständer etc. Das Aufstellen von A-Ständern vor Wahllokalen, im Übrigen in sehr vielen Städten und Gemeinden absolut unüblich, ist sicher nicht notwendig.

Namens des SPÖ-Gemeinderatsklubs stelle ich daher den

dringlichen Antrag:

Die zuständigen Abteilungen im Haus Graz werden im Sinne des Motivenberichtes beauftragt, die Möglichkeiten der Umsetzung eines Verbotes für die Aufstellung von A-

Ständern durch wahlwerbende Parteien an Wahltagen vor Wahllokalen zu prüfen. Dem Gemeinderat ist in der Novembersitzung dieses Jahres ein entsprechender Bericht vorzulegen.

GR Sippel:

Hoher Gemeinderat, lieber Kollege Ehmann. Ich glaube, wir sollten insgesamt aufhören, mit Verboten in dieser Frage zu arbeiten, weil letztlich liegt es ja an allen Parteien, wie sie mit den vorhandenen Regelungen umgehen. Es wird ja niemand gezwungen, Plakatständer am Wahltag vor Wahllokalen aufzustellen. Geregelt, du hast das völlig richtig gesagt, ist es in der Nationalratswahlordnung. Die Gemeindewahlbehörden sind befugt, da Regelungen zu erlassen, die Zonen festzulegen.

*Zwischenruf GRⁱⁿ **Gmeinbauer**: Lieb sein.*

Sippel:

Wir haben in Graz aktuell drei Meter, wir haben schon einmal 20 Meter gehabt. Das hat sich als unpraktisch herausgestellt, weil dann die Plakatständer dann tatsächlich irgendwo gestanden sind, vielleicht auch noch verkehrsbehindernd. Tatsächlich, jetzt hat man mehr Übersicht bei dieser 3-Meter-Regelung. Aber ich finde das vor allem deshalb nicht dringlich, weil das bereits beschlossen worden ist von der Gemeindewahlbehörde. Also für die Landtagswahl können wir das gar nicht mehr ändern, das ist bereits beschlossene Sache. Wenn, dann wäre das wieder für die Gemeinderatswahl in Graz Thema, also einmal aus unserer Sicht nicht dringlich. Aber es mutet schon ein bisschen eigenartig an, muss ich auch sagen, lieber Michi, dass du mit diesem dringlichen Antrag ausgerechnet daherkommst, weil die SPÖ war neben der ÖVP in Wirklichkeit die einzige Partei, die jetzt bei der Nationalratswahl

flächendeckend vor Wahllokalen plakatiert hat. Also ich habe das da auch auf Fotos, nicht nur du hast Fotos mit, sondern auch ich, wo man da so schön sieht den Rendi-Wagner-Wahlständer vor dem Wahllokal, auch da, ein anderes Wahllokal, sehe ich nur ÖVP und SPÖ, die von dieser Möglichkeit Gebrauch gemacht haben, vor Wahllokalen auch Wahlständer aufzustellen. Also, dass du dich jetzt für eine etwaige sozialistische Plakataskese für den Gemeinderat verwendest, ist schon eine sehr eigenartige Angelegenheit. Das letzte Verbot in diese Richtung, ich kann mich erinnern, das war dieses 16-Bogen-Plakatverbot in Graz, da haben wir eh gesehen, was daraus geworden ist. Das war ja bitte der größte Schuss in den Ofen da in diesem Haus überhaupt herinnen. Wir waren im Übrigen als FPÖ die einzige Partei, die dagegen waren und wir waren dann so clever und haben 8-Bogen-Plakate aufstellen lassen. Was machen jetzt alle anderen Parteien? Die ganze Stadt ist zugedflastert mit 8-Bogenplakaten. Also, ich glaube, solche Verbote die können wir uns wirklich sparen. Da ist die Glaubwürdigkeit, glaube ich, von uns allen ziemlich gefordert und im Übrigen, wo sind jetzt die ersten Plakate, die überhaupt hängen für die Landtagswahl? Das sind Grüne und SPÖ-Plakate. Ich meine, SPÖ-Plakate mit KPÖ habe ich auch schon gesehen, die SPÖ mit Schichtwechsel. Es ist die Frage, Schichtwechsel oder Schicht im Schacht? Können wir jetzt diskutieren. Ich bin eher für Zweiteres, muss ich sagen, aber das werden wir am 24. November sehen. Ich glaube, tun wir nicht uns mit solchen Verboten wirklich in der Glaubwürdigkeit gefährden, weil wir werden es eh nicht einhalten und ich glaube, ihr seid die Ersten, die wahrscheinlich dann wieder aufstellen. Aber du kannst ja einmal mit deinem Geschäftsführer reden, vielleicht macht ihr dann wirklich eine diesbezügliche Askese (*Allgem. Appl.*).

GR Dreisiebner:

Keine Angst, ein Stück weit muss ich dem Armin Sippel, darf ich dem Armin Sippel Recht geben. Er hat ganz richtig erkannt, welche Fraktionen (*Appl.*) vor den Wahllokalen, vor den Sprengelwahllokalen A-Ständer aufstellen. Er hat da ganz richtig erkannt, dass es die Wahlbehörde gibt, die das ordnet. Wo ich aber schon einen

positiven Ansatz sehe, vielleicht auch selbstkritisch vom Kollegen Ehmann (*lacht*), ist der, dass man wirklich Situationen mit zu schmalen Gehsteigen für diese A-Ständer haben. Dass man da unter Umständen andere zusätzliche Vorschriften vielleicht über das Straßenamt usw. einfädelt. Ansonsten ist mir das relativ wurscht, wer solche Ständer aufstellt, solange sich niemand wehtut und alle sich gut fortbewegen können. Ich glaube nicht, dass einer, der quasi fünf Meter vor der Eingangstüre zu seinem Wahllokal steht, noch nicht weiß und wenn er es nicht weiß, dann dadurch, weil warum er was wählt oder nicht (*Appl.*).

Bgm. Nagl:

Lieber Herr Klubobmann. Du hast schon gehört, das letzte Mal waren jetzt nur mehr ÖVP- und SPÖ-Plakate. Wenn du jetzt in der SPÖ darauf verzichtest, gibt es nur mehr unsere. Wir könnten damit leben (*lacht*), (*Lachen im Gemeinderatssaal*).

Ehmann:

Ja, dass barrierefreies Wählen so spaßig aufgenommen wird, das wird viele Wählerinnen und Wähler auch interessieren. Ich finde es sowieso lustig, wenn sich Kollege Sippel in einer Situation, in der sich die Fraktion befindet, da herausstellt und dann wieder beweist, die FPÖ ist noch immer zu Späßen aufgelegt (*Lachen im Gemeinderatssaal, Allgem. Appl.*), aber letztendlich würde ich euch empfehlen, also auf jeden Fall dem Armin, der hat sich offensichtlich als Historiker hergestellt und nicht pro futura. Also, ich habe nicht gesagt, dass wir keine aufgestellt hätten. Ich würde dafür plädieren, dass es eine gemeinsame Lösung, geregelte Lösung über alle Fraktionen gibt. Das wäre mein Plädoyer gewesen. Aber wenn es so schwer ist, dem Folge zu leisten, dann würde ich „Graz verständlich“ empfehlen. Da gibt es so Workshops, vielleicht hilft das, dass man dann besser den Ausführungen folgen kann. Ich glaube, dass es kein schlechter Ansatz gewesen wäre, wenn man sich darauf überfraktionell verständigt generell, auch wir werden das im Club diskutieren, aber ich

gehe davon aus, dass wir das einhalten werden und dass wir das auch zukünftig so machen werden und ich würde es allen empfehlen. Wie gesagt, offensichtlich bekommt ihr diese Benachrichtigungen nicht. Wir bekommen es vereinzelt schon. Natürlich nicht inflationär, aber, wie gesagt, das ist nicht zum Spaß gemeint, sondern eher eine Anregung gewesen, wie man barrierefreies Wählen zukünftig noch besser unterstützen kann. Aber, wie gesagt, wenn ihr zu Späßen aufgelegt seid, dann werden wir das auch dort oder da kommunizieren. Danke (*Allgem. Appl.*).

Bgm. Nagl:

Herr Klubobmann, die Möglichkeit der Umsetzung eines Verbotes für das Aufstellen von A-Ständern zu prüfen, ginge ja gleich zu verbieten. War schneller gesagt, was du möchtest.

Die Dringlichkeit des Antrages wurde (gegen Grüne, Neos, SPÖ) abgelehnt.

8.9 Smart Parking - Reduzierung des Parkplatz-Suchverkehrs (GR Swatek, Neos)

GR Swatek:

Sehr geehrte Damen und Herren auf der Zusehergalerie, liebe Kolleginnen und liebe Kollegen. Wir haben heute ja schon einiges über Verkehr gehört und vor allem auch über Stau und natürlich auch, was direkt daraus folgt, wenn mehr Autos auf der Straße sind und vor allem unnötig auf der Straße sich bewegen, nämlich Lärm und Emissionen wie CO₂ oder Feinstaub. Und in Graz gibt es, wie in vielen anderen Städten auch, vor allem in der Innenstadt ein, meiner Meinung nach, sehr ärgerliches Verkehrsphänomen, das wir alle vermutlich auch teilweise kennen, wenn wir Autofahrer sind

oder wenn man in einem Gastgarten sitzt, auch tagtäglich beobachten kann. Und das ist das ewige im Kreisfahren, um endlich einen freien Parkplatz für sein Fahrzeug zu finden. Und diese Parkplatzsuche kostet nicht nur dem Fahrer viel Energie und Nerven, sondern sie sorgt auch dafür, dass unnötig Emissionen, Lärm von den Fahrzeugen abgegeben wird und dass halt zusätzlich dazu unsere Straßen auch noch weiter verstopft sind. Ich habe für die Stadt Graz jetzt keine Zahlen gefunden und weiß nicht, ob man sich das jemals angeschaut hat, wieviel Prozente es im innerstädtischen Verkehr jetzt wirklich die Parkplatzsuche ausmacht. Aber in Deutschland gehen sie davon aus in mehreren Studien, dass 20 bis 30 % des innerstädtischen Individualverkehrs allein durch die Parkplatzsuche entstehen. Und das muss heutzutage nicht mehr sein, weil es mittlerweile digitale Lösungen gibt, die bürgerfreundlich sind, um den innerstädtischen Individualverkehr und damit auch den Parkplatzsuchverkehr zu reduzieren und die Parkplatzsuche effizienter zu gestalten, nämlich mit Smart Parking. Und das heißt schlicht und einfach, dass man jeden Parkplatz einfach mit einem Sensor ausstattet und wenn sich dann ein Auto draufstellt, dann erkennt das der Sensor und kann das dann an ein System melden, und da gibt es Handy-Apps. Es gibt bereits integriert in Fahrzeuge-Software, die das gleich inkludiert haben, wo dann einfach dem Fahrer angezeigt wird, wo der nächste Parkplatz ist. Statt sinnlos im Kreis zu fahren und darauf zu hoffen, dass irgendwo einmal ein Parkplatz frei wird in dieser Parkplatzlotterie, kann man gleich zielgerichtet zum Parkplatz hinfahren und damit verbraucht man halt auch nicht unnötig Energie und stoßt damit kein unnötiges CO₂ oder Feinstaub aus. Und was diese Technologie mittlerweile auch kann, ist intelligent vorauszuendenken, nämlich, wir wissen ja vor allem in Graz ist das ist recht leicht, weil man nur drei Stunden parken darf maximal. Auch vorauszuendenken, wann wird welcher Parkplatz circa frei sein und was ist derzeit circa die Kreisgeschwindigkeit, die man mindestens zurücklegen muss, bis man einen Parkplatz findet, und das kann man mittlerweile sehr gut voraussagen und da könnte man auch diese Handy-Apps, die einem von zu Hause aus schon sagen können, wie lange ich circa brauchen werden, um einen Parkplatz zu finden und das hat natürlich den essentiellen Vorteil, dass, wenn ich sehe, dass ich 15 oder 20 Minuten ohnehin meinen Parkplatz suche, ich dann als

hoffentlich vernünftiger Autofahrer gleich von Anfang an sage, ok, reinstauen und dann noch einem 15 Minuten Parkplatz zu suchen, da bin ich mit der Straßenbahn oder mit dem Bus doch wesentlich schneller und ich verzichte gleich auf mein Fahrzeug und fahre gleich mit dem PKW rein. Es gibt mittlerweile eine Vielzahl von Anbietern, die das auch eigentlich, mittlerweile kann man sagen, erfolgreich meistern. Ein Anbieter beliefert mittlerweile 90 Städte schon in Europa, was ich schon für eine sehr große Zahl halte, darunter Berlin, Hamburg, Köln, also das ist auch schon in vielen Städten erprobt. Und ich glaube, dass das eine umweltfreundliche, innovative Lösung ist, die man sich auch in der Stadt Graz anschauen sollte, um diesen Parkplatz-Suchverkehr zu reduzieren und damit auch Feinstaub und CO₂ einzusparen und deswegen stelle ich den

dringlichen Antrag,

dass die zuständigen Stellen der Stadt Graz ersucht werden, die Implementierung einer Smart-Parking-Lösung in Graz zu prüfen, um so dem ineffizienten und umweltschädlichen Parkplatz-Suchverkehr entschlossen entgegenzuwirken. Danke
(Allgem. Appl.).

Originaltext des dringlichen Antrages:

Das unablässige Verkehrsaufkommen, Staus, Verzögerungen und der dadurch entstehende Feinstaub und Lärm sind den Grazerinnen und Grazern seit Jahren ein Dorn im Auge. Besonders in der Grazer Innenstadt kommt es zu einem besonders ärgerlichen Verkehrsphänomen, das man täglich beobachten kann: Das ewige Im-Kreis-Fahren, um endlich einen freien Parkplatz für sein Fahrzeug zu finden. Die Parkplatzsuche kostet zum einen dem Fahrzeuglenker starke Nerven und viel Geduld und zum anderen sorgt sie für weitere unnötige Emissionen, Lärm und verstopfte Straßen. Eine Umwelt- und Bürgerbelastung, die heutzutage nicht mehr sein muss. Denn mit Hilfe von Smart Parking ist es dank bürgerfreundlicher Digitalisierung

möglich, den innerstädtischen Individualverkehr effizienter zu gestalten und somit den Parkplatz-Suchverkehrs deutlich zu reduzieren.

Beim intelligenten Parken werden Parkplätze mit Sensoren ausgerüstet, um so den Belegzustand des Parkplatzes zu ermitteln. Mittels Handy-App können Bürgerinnen und Bürger sich schon vor der Abfahrt, von zu Hause aus, über die Verkehrs- und Parkplatzsituation in der Stadt informieren. Statt in einer vollen Stadt endlose Kreise zu ziehen und seine Zeit zu verschwenden, kann man sich von zu Hause aus, bereits für eine schnellere Anreise mit dem öffentlichen Verkehr entscheiden. Dank einem intelligenten Parksystem kann so das Verkehrsaufkommen bereits vor dem Aufkommen verringert werden und so die Umwelt und Lärmbelastung für die Grazer Innenstadt reduziert werden.

Viele europäische Städte, wie Cardiff, Berlin oder Hamburg setzten bereits auf ein intelligentes Parkplatz-Managementsystem, um so den städtischen Individualverkehr zu reduzieren. Eine umweltfreundliche und innovative Lösung, die auch in Graz in Angriff genommen werden sollte.

Im Sinne einer umweltschonenden, bürgerfreundlichen und innovativen Stadt stelle ich gemäß §18 der Geschäftsordnung des Gemeinderates den

dringlichen Antrag,

dass die zuständigen Stellen der Stadt Graz ersucht werden, die Implementierung einer Smart-Parking Lösung in Graz zu prüfen, um so den ineffizienten und umweltschädlichen Parkplatz-Suchverkehr entschlossen entgegenzuwirken.

GR Günter Wagner:

Danke, Herr Bürgermeister, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, werte Zuseher, lieber Antragsteller. Also grundsätzlich geht dem Antrag auf jeden Fall sicher ein guter

Ansatz voraus. Die Digitalisierung wird uns auch in der Parkraumbewirtschaftung zukünftig sicher noch Vorteile bringen. In unsrem Fall wären es nur 26.000 Stellplätze in Graz, die damit auszustatten wären, das heißt, das ist natürlich schon ein großer Kostenfaktor, der dem entgegensteht und dazu sollte man abwarten, bis da Systeme am Markt sind, die auch vollends erprobt sind und auch ordentlich funktionieren. Denn auch in Berlin und Hamburg ist man eben schon darauf gekommen, dass die noch nicht komplett ausgereift sind und dass da noch vieles passieren wird. Laut dem Parkraumservice, da haben wir natürlich nachgefragt, haben die diese Systeme aber bereits im Auge und arbeiten aber momentan und planen an sogenannten Insellösungen. Das sind abgeschlossene Bereiche, wo mit Kameras leere Parklücken eruiert werden und an der Einfahrt dann angezeigt wird, dass da noch Parkplätze frei sind und somit sehen wir da die Dringlichkeit nicht gegeben. Danke (*Allgem. Appl.*).

GR Muhr:

Danke Herr Bürgermeister, werte Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Zuhörerinnen und Zuhörer auf der Galerie, lieber Niko, Antragsteller. Ich nehme es dir ab, dass du da höhere Ziele natürlich mit deinem Antrag bezwecken willst und auch die Abgasausstöße in Graz damit verringern willst. Ich glaube aber nicht oder wir glauben aber nicht, dass das Ganze irgendwie funktionieren könnte und auch nicht die Dringlichkeit gegeben ist. Die Dringlichkeit sollte in erster Linie auch hinsichtlich des öffentlichen Verkehrs abzielen, dass man hier Maßnahmen setzt und auch in Richtung Klimaschutz. Das ist natürlich ein Antrag, der den Individualverkehr in die Stadt locken könnte. Denn was wird passieren? Man schaut zu Hause auf die App, ist ein Parkplatz frei, der fährt dann fünf, sechs Kilometer herein und findet, der ist inzwischen schon wieder besetzt worden. Ist klar, man sitzt im Gastgarten und schaut den Parkplatzsuchenden zu. Es ist dann aber viel spannender, wenn man den Leuten zuschaut, wie es dann um ein Rennen um die Parkplätze gibt und wer als Erster dann

hinkommt, der hat ihn. Also dann wird das so passieren, dass halt manche dann hereinfahren und schauen, wo ist der nächste Parkplatz frei und in Höchstgeschwindigkeit um Kurven zischen und versuchen, ihn zu erreichen. Also, ich glaube nicht, dass es in dieser Art und Weise funktionieren kann in der Innenstadt und es wäre besser, wenn man da deine Ansätze oder deine guten Ideen, die du auch hast, für den öffentlichen Verkehr einsetzt und im Zuge der Digitalisierung gibt es sicherlich einige Dinge, die man da anwenden kann. Darum werden wir der Dringlichkeit und auch dem Inhalt nicht zustimmen. Danke (*Appl.*).

Bgm. Nagl:

Vielleicht noch anzumerken, nicht nur, dass die Parkplätze wahrscheinlich schnell weg sind, sondern dass wir uns ja auch bemühen, künftig mehr Parkplätze unter die Erde zu bringen. Unsere Garagen sind ja noch nicht voll ausgelastet. Vielleicht wäre ein Anzeigesystem für Garagenparkplätze noch viel sinnvoller, dann könnten wir oberirdisch ja de facto auch mehr Platz wieder für Menschen haben, für Gastgärten und andere Dinge (*Appl.*).

Swatek:

Stichwort: Garagen. Natürlich könnte man das in so einem System entwickeln und hier miteinbauen. Zu dem Thema in die Stadt locken. Ja das habe ich mir angeschaut, es gibt lustigerweise seit 1927 Studien zum Parkplatz-Sucherverkehr. Und ich habe, obwohl es oft im politischen Diskurs als Kritik genannt wird, bei solchen Systemen habe ich keine einzige Studie gefunden, die diese Aussage bestätigen würde. Wenn du dir das angeschaut hast und so eine kennen würdest, wäre ich dir sehr dankbar, wenn du sie mir weiterschickst, würde mich wirklich interessieren. Und 26.000 Parkplätze in der Stadt, ja das ist schon klar, dass man die nicht alle von heute auf morgen mit dem Sensor ausstatten würde. Wenn man sich Berlin oder München anschaut, dann sieht

man, dass das vor allem in der Innenstadt passiert und zonenweise passiert und nicht die ganze Stadt einfach sinnlos mit einem Sensoren-Screen geleistet wird. Das ist natürlich etwas vor allem, glaube ich, in Graz für die Innenstadt. Weil jede einzelne Runde, die du man Auto fährst, sinnlos eigentlich, nämlich wirklich sinnlos Emissionen und Feinstaub und CO₂-Ausstoss. Insofern halte ich das nach wie vor für eine sehr kluge Idee, vor allem, weil sich die Technologie relativ weit entwickelt hat. Also, wenn man sich vor ein paar Jahren die Sensoren angeschaut hat, die hat man noch mit einem Stromkabel verbunden, damit sie irgendwie Energie bekommen. Heute funktionieren die mit Solarpanels und Batterien und machen ihren Job eigentlich in den Städten, wo ich mir das angeschaut habe, wie Cardiff recht gut auch und funktionieren dort eigentlich auch recht gut und man kann sich solche lustigen Sensoren interessanterweise sogar für sich zu Hause kaufen. Wenn man das eingibt, dann kommen gleich alle express und alle andere lustigen chinesischen Seiten, die die ab fünf Dollar pro Stück so einen Sensor anbieten. Das heißt, der Preis für die Technologie ist auch nicht wirklich sehr hoch, wenn man sich das anschaut. Aber wenn du das anders siehst, dann ist das natürlich deine freie Entscheidung und natürlich schade, dass hier kein Wille da ist, den Parkplatzverkehr in der Stadt zu reduzieren.

Die Dringlichkeit des Antrages wurde (gegen Grüne und Neos) abgelehnt.